

J U S O S

O B E R B A Y E R N

B e s c h l u s s b u c h
B e z i r k s k o n f e r e n z

1

Anträge zur Bezirkskonferenz der Jusos Oberbayern

am 16.02.2020

Campus Burghausen, Marktler Str. 50, 84489 Burghausen

Inhalt

Nummer	Titel	Steller*innen	Adressat*innen	Seite
RLA 01	Anpassung der Aufgaben des*der Gleichstellungsbeauftragten	Bezirksvorstand der Jusos Oberbayern	Bezirkskonferenz der Jusos Oberbayern	4
RLA 02	Einrichtung eines Awarenessteams	Bezirksvorstand der Jusos Oberbayern	Bezirkskonferenz der Jusos Oberbayern	5
A01	Arbeitsprogramm 2020/2021 „Oberbayern unteilbar“	Bezirksvorstand der Jusos Oberbayern	Bezirkskonferenz der Jusos Oberbayern	6-18
A02	Leitantrag „Mehr demokratische Teilhabe für junge Menschen“	Bezirksvorstand Jusos Oberbayern	Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern, Landeskonferenz Jusos Bayern Juso Bundeskongress, SPD Oberbayern, Bayern SPD,	19-28
A03	Rechtsradikale Symbolik bekämpfen!	Jusos München Stadt	Bezirkskonferenz der Jusos Oberbayern, Landeskonferenz der Jusos Bayern, Juso Bundeskongress, SPD Oberbayern, Bayern SPD, Bundes SPD	29-31
A04	Sexismus innerhalb der SPD bekämpfen – Awarenessteams etablieren	Juso Frauen über den Bezirksvorstand der Jusos Oberbayern	Bezirkskonferenz der Jusos Oberbayern, Landeskonferenz der Jusos Bayern, Bezirksparteitag der SPD Oberbayern, Landesparteitag der Bayern SPD	32-33

A05	Menschenwürdig, solidarisch und partizipativ - Unsere Vision vom zukunftsfähigen Gesundheitssystem	Jusos München Stadt	Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern, Landeskonferenz Jusos Bayern, SPD München Parteitag, SPD Oberbayern, SPD Bayern	34-58
A06	Initiativantrag: „Immer Antifa! Verurteilung jeglicher Zusammenarbeit mit Faschist*innen“	Bezirksvorstand der Jusos Oberbayern	Bezirkskonferenz der Jusos Oberbayern	59-60
A07	Initiativantrag: „Oberbayern untrennbar“	Bezirksvorstand der Jusos Oberbayern	Bezirkskonferenz der Jusos Oberbayern, Landeskonferenz der Jusos Bayern, Bezirksparteitag der SPD Oberbayern, Parteitag der Bayern SPD. SPD Landtagsfraktion	61-64

Richtlinienändernder Antrag 1

Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern

16.02.2020

Anpassung der Aufgaben des* der Gleichstellungsbeauftragten

1 In Ziffer III. 1.1 der Organisationsrichtlinien wird folgender neuer Absatz eingefügt:

2 (7) Die Bezirkskonferenz wählt aus dem Kreis des Bezirksvorstandes eine*n
3 Gleichstellungsbeauftragte*n. Die*Der Gleichstellungsbeauftragte erstellt für die
4 ordentliche Bezirkskonferenz einen Gleichstellungsbericht.

5

6 Die bisherigen Absätze 7 und 8 werden künftig zu den Absätzen (8) und (9). Ziffer IV. 4.
7 wird angepasst, so dass es künftig nur noch heißt „Der Gesamtvorstand berät mindestens
8 einmal jährlich über die Gleichstellung von Männern und Frauen innerhalb des Verbandes.“

9

10 Begründung:

11 Die*Der Gleichstellungsbeauftragte soll künftig ebenfalls auf der Bezirkskonferenz gewählt
12 und nicht wie bislang in Ziffer IV. 4. vorgesehen durch den Bezirksvorstand „ernannt“
13 werden. Der*Die Gleichstellungsbeauftragte ist für die Erstellung des Gleichstellungsberichts
14 zuständig.

Richtlinienändernder Antrag 2

Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern

16.02.2020

Einrichtung eines Awarenessteams

1

2 In Ziffer III. 1.1 der Organisationsrichtlinien wird folgender neuer Absatz eingefügt:

3 (8) Es wird ein Awarenessteam eingerichtet. Das Awarenessteam besteht aus der*dem
4 Gleichstellungsbeauftragten und mindestens zwei weiteren von der Bezirkskonferenz
5 gewählten Mitgliedern. Mindestens 50% des Awarenessteams sind Frauen. Der*die
6 Vorsitzende kann nicht Teil des Awarenessteams sein.

7

8 Die bisherigen Absätze (8) und (9) werden künftig zu den Absätzen (9) und (10).

9

10 Begründung:

11 Der Bezirksvorstand unterstützt den Antrag der Frauengruppe in Oberbayern zur
12 Einrichtung von Awarenessteams auf allen Untergliederungen der SPD. Wir wollen daher
13 mit gutem Beispiel voranschreiten und ein solches Awarenessteam in den
14 Organisationsrichtlinien der Jusos Oberbayern festschreiben.

15

A01

Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern

Arbeitsporogramm 2020/2021 – Oberbayern Unteilbar

Antragsteller*innen Bezirksvorstand der Jusos
Oberbayern

Adressat*innen Bezirkskonferenz der Jusos
Oberbayern

2 Ausgangssituation

3 Im November 2019 haben viele Jusos in Bayern eine Erfahrung gemacht, die sie in ihrer Zeit
4 in der Partei bis dahin noch nicht erleben durften: Sie konnten einen Wahlerfolg feiern. Durch
5 das Engagement tausender Jusos und älterer Genoss*innen haben sich im
6 Mitgliederentscheid um den Parteivorsitz Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans
7 durchgesetzt. Damit wurde nicht nur ein neues Führungsduo gewählt, sondern auch eine
8 Richtungsentscheidung gefällt: Die SPD möchte einen klaren Kurswechsel durchführen. Auf
9 dem darauf folgenden Bundesparteitag wurden einige inhaltlich wegweisende Beschlüsse
10 gefasst. Besonders hervorzuheben ist dabei die Abkehr von Sanktionen für HartzIV-
11 Empfänger*innen, für die wir bereits seit vielen Jahren streiten. Auch in der Bundesregierung
12 wurde mit der Einführung der Mindestausbildungsvergütung ein Herzensthema der Jusos
13 endlich umgesetzt. Auch beim Bezirksparteitag im vergangenen Juni konnten wir Jusos
14 inhaltlich starke Anträge durchsetzen und mehrere Jusos im Bezirksvorstand der SPD
15 Oberbayern platzieren. Das alles zeigt: Jusos wirken.

16
17 Natürlich freuen wir uns zwar über diese Erfolge, zufrieden sind wir aber noch lange nicht:
18 Die Mindestausbildungsvergütung ist in unseren Augen noch zu gering und die Abkehr von
19 den Sanktionen ist nun zwar Beschlusslage der Partei, wird mit der Union aber nicht
20 umsetzbar sein. Zusätzlich müssen wir uns über Positionierungen von Genoss*innen die
21 großteils selbst Mandatsträger*innen sind ärgern, die mit der Wahl der Parteivorsitzenden
22 getroffene Richtungsentscheidung nicht akzeptieren und sich öffentlich dagegen
23 positionieren. Unser Anspruch ist klar: diese Richtungsentscheidung muss konsequent bei
24 den anstehenden Aufstellungen für Wahlen fortgesetzt werden.

25

1 Unser Ziel ist und bleibt, die SPD kritisch-solidarisch zu gestalten. Wir bekennen uns zum
2 demokratischen Sozialismus, wie er im Grundsatzprogramm der Partei festgeschrieben ist.
3 Wir wollen der SPD ein klares linkes Profil geben und sie zu DER lauten Stimme für alle die
4 machen, die nicht aus eigener Kraft laut sein können.
5 Eine solche Stimme ist unserer heutigen, immer mehr vom Konkurrenzkampf geprägten
6 Gesellschaft bitter nötig. Angriffe auf Minderheiten gehören fast schon zu unserem Alltag und
7 es ist teilweise erschreckend, wie wenig uns die Meldung eines Übergriffes inzwischen
8 schockiert. Bei den Kommunalwahlen im März müssen wir davon ausgehen, dass die AfD
9 nun auch in verschiedene kommunale Parlamente einziehen wird. Wir werden uns weiter
10 laut und deutlich jeder Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entgegenstellen.

11

12 Die Kommunalwahl wird in den kommenden vier Wochen in unserem Fokus stehen. Wir
13 freuen uns, wenn viele Jusos ab Mai als Bürgermeister*innen, Gemeinderät*innen oder
14 Stadträt*innen unsere Positionen in den kommunalen Gremien vertreten. Nach den Wahlen
15 werden wir uns vernetzen und gemeinsam die Kommunen in Oberbayern solidarischer
16 werden lassen.

17

18 **Arbeitsweise Vorstand**

19 Der Vorstand der Jusos Oberbayern ist ein Gremium, das auf ehrenamtlicher Arbeit aufbaut.
20 Jedes Vorstandsmitglied darf somit nur soweit mit Aufgaben betraut werden, dass Ehrenamt
21 und Schule, Ausbildung, Beruf und Privatleben miteinander vereinbar bleiben.

22 Der Gesamtvorstand der Jusos Oberbayern kommt mindestens einmal im Quartal
23 zusammen, also etwa viermal im Jahr. Bei den Sitzungen des Gesamtvorstandes erfolgt ein
24 Austausch über die aktuelle politische Lage. Dieser Austausch dient insbesondere der
25 Unterstützung und Koordinierung der Unterbezirke bei ihrer Arbeit vor Ort durch Information,
26 gegenseitiges Feedback, Inspiration und Vernetzung.

27 Daneben gibt es bei den Sitzungen auch Berichte aus anderen Ebenen von SPD und Jusos
28 sowie inhaltliche oder organisatorische Themenschwerpunkte in Form von Kurzvorträgen
29 oder Workshops.

30 Der Bezirksvorstand der Jusos Oberbayern vertritt den Verband auf der oberbayerischen
31 Ebene nach innen und außen, setzt das Arbeitsprogramm um und bearbeitet aktuelle
32 Themen. Die konkrete Festlegung der Arbeitsweise des Bezirksvorstandes erfolgt auf einer
33 Vorstandsklausur zeitnah nach der Bezirkskonferenz. Auf dieser Klausur erfolgt
34 insbesondere:

35 1. Die Festlegung der jeweiligen Zuständigkeitsbereiche

36 Anhand der im Arbeitsprogramm festgelegten Ziele werden die für die Vorstandsarbeit im
37 kommenden Jahr erforderlichen Themenzuschnitte festgelegt. Zuständigkeitsbereiche sind

1 neben organisatorischen Themen wie Öffentlichkeitsarbeit oder Mitgliederbetreuung auch
2 inhaltliche Themen, die in Form von Arbeitskreisen organisiert werden. Allen
3 Vorstandsmitgliedern wird jeweils ein fester Zuständigkeitsbereich zugewiesen, jedes
4 Vorstandsmitglied erhält also die „Projektleitung“ für einen Zuständigkeitsbereich. Die
5 Projektleitung hält den Bezirksvorstand in den monatlichen Vorstandssitzungen über ihren
6 Themenbereich auf dem Laufenden, Entscheidungen werden gemeinsam im Vorstand
7 getroffen. Die Vorstandsmitglieder unterstützen sich gegenseitig bei den anfallenden
8 Aufgaben. Falls erforderlich können später bei der Vorstandsarbeit für einzelne Projekte
9 auch weitere Unterstützer*innen hinzugezogen werden, die nicht Mitglied im Vorstand sind.

10 2. Die Festlegung der Betreuungsunterbezirke

11 Jedes Vorstandsmitglied ist Ansprechpartner*in für einen bis zwei Unterbezirke in
12 Oberbayern. Nach der Klausur werden die jeweiligen Vorstandsmitglieder auf ihre
13 Betreuungsunterbezirke zukommen und einen Termin zu einer persönlichen Vorstellung
14 vereinbaren.

15 Alle Zuständigkeiten der Bezirksvorstandsmitglieder werden auf der neuen Homepage der
16 Jusos Oberbayern veröffentlicht. Dadurch soll der direkte Kontakt zum jeweils zuständigen
17 Vorstandsmitglied erleichtert werden.

18 Die Sitzungen des Bezirksvorstands sollen auch im kommenden Jahr etwa alle vier Wochen
19 stattfinden. Darüber hinaus werden bei dringenden Angelegenheiten Telefonkonferenzen
20 oder Discord-Konferenzen abgehalten.

21 **Strukturarbeit**

22

23 Die Strukturarbeit beschäftigt sich mit der Frage der Optimierung der bestehenden
24 Strukturen und Arbeitsweise der Jusos in Oberbayern. Ebenso erarbeiten und sammeln wir
25 gemeinsam Vorschläge zur strukturellen Erneuerung von Verband und Partei.

26

27 Die Hauptaufgabe in Oberbayern ist aber die Unterstützung der Unterbezirke bei
28 Organisation und Arbeit im Tagesgeschäft, Anwendung und Auslegung bzw. Änderung von
29 Satzungen, Geschäftsordnungen und strukturellen Fragen aller Art. Durch die Unterstützung
30 der Organisation der Vorstandsarbeit in den Unterbezirken sollen diese gestärkt werden.

31 Des Weiteren soll die Vernetzung und Zusammenarbeit der Unterbezirke gefördert werden.
32 Dies kann durch Regiotreffen der Unterbezirke erfolgen, aber auch durch die Teilnahme an
33 rotierenden Veranstaltungen wie „Oberbayern entdecken“. Durch Hinweise im Newsletter auf
34 Veranstaltungen der Unterbezirke soll auch der Austausch und die Zusammenarbeit der
35 Mitglieder verschiedener Unterbezirke erleichtert werden.

1 In Gebieten, in denen es bislang keine aktiven Juso-Strukturen gibt, wird Unterstützung und
2 Hilfe mit dem Ziel von Neugründungen angeboten. Dies sind derzeit das Berchtesgadener
3 Land, Garmisch-Partenkirchen, Landsberg am Lech, Pfaffenhofen und Weilheim-Schongau.

4 Der Bezirksvorstand prüft, ob Veranstaltungen in Gebieten abgehalten werden können, in
5 denen es keine aktiven Juso-Strukturen gibt. Die jeweils für die inaktiven Juso-Unterbezirke
6 zuständigen Vorstandsmitglieder gehen dabei auf die SPD-Unterbezirke zu.

7 Um die inhaltliche Arbeit mit Anträgen zu verbessern, wird weiterhin das mittlerweile immer
8 besser werdende digitale Antragstool der Jusos Bayern evaluiert und geprüft, ob eine
9 Verwendung auch durch die Jusos Oberbayern sinnvoll ist.

10 Des Weiteren wollen wir auch die inhaltliche Arbeit des Landesverbandes weiter mit prägen.
11 Wir entsenden zu jeder Themenwerkstatt der Jusos Bayern künftig mindestens zwei
12 Personen aus Oberbayern. Auch in den Fachforen der BayernSPD bringen wir uns mit
13 unseren Inhalten ein.

14 Zur digitalen Vernetzung in Oberbayern wird weiter am Einsatz von „Discord“ gearbeitet, um
15 online eine Plattform zum freien Austausch aller Mitglieder untereinander anzubieten. Der
16 Discord-Server ist eine Plattform mit verschiedenen Möglichkeiten und Funktionen für die
17 Mitglieder. Nutzbar ist Discord sowohl am PC als auch von unterwegs auf dem Smartphone.
18 Der Zugang ist für alle Mitglieder offen, der Zugangslink findet sich im Newsletter an die
19 Mitglieder. Der Server kann frei gestaltet werden und sieht nach dem aktuellen Stand zwei
20 große Bereiche vor: Die allgemeinen Chats und die Bereiche der Unterbezirke. In den
21 allgemeinen Chats bestehen Möglichkeiten zum Austausch über politische Inhalte, Aktionen
22 oder einfach zu allgemeiner Unterhaltung. Dabei stehen auch Sprachchats zur Verfügung,
23 sodass man auch mündlich diskutieren kann. Außerdem findet man hier Bereiche für unsere
24 Arbeitskreise.

25 In den Bereichen der Unterbezirke haben diese die Möglichkeit, zu schreiben, Discord-
26 Konferenzen in Sprachkanälen abzuhalten oder auch Dateien abzulegen.

27 Discord ist ein gruppen-internes Soziales Netzwerk. Man kann sich auf dem Server auch mit
28 anderen Mitgliedern anfreunden oder Private Nachrichten verschicken. Derzeit sind etwa 100
29 Nutzer*innen auf dem Server der Jusos Oberbayern angemeldet. Gespräche und
30 Diskussionen können aber nur entstehen, wenn sich auch Personen finden, die daran
31 teilnehmen, Gespräche für und durch die Mitglieder leben auch durch diese. Wer Lust darauf
32 hat, kann und soll gerne ohne Scheu etwas posten!!
33

1 Mitgliederbetreuung

2 Wir wollen, dass sich alle Jusos in unseren Verband einbringen können - je nachdem, wo
3 ihre Interessen und Fähigkeiten liegen. Um dies zu schaffen, werden die Mitglieder
4 regelmäßig über Möglichkeiten der Mitgestaltung informiert. Diese Informationen beziehen
5 sich sowohl auf unseren Verband als auch darüber hinaus beispielsweise bei den Jusos
6 Bayern oder in der SPD Oberbayern. Damit die Mitglieder regelmäßig informiert sind,
7 erhalten sie etwa einmal im Monat einen Newsletter. Für Interessierte wird zusätzlich ein
8 Telegram-Chanel eingerichtet, um auch einen kurzfristigen Informationsaustausch zu
9 gewährleisten. Des Weiteren dient auch der Discord-Server dem Informationsaustausch der
10 Mitglieder untereinander.

11 Im kommenden Jahr soll es ein Neumitgliederseminar in Zusammenarbeit mit den Jusos
12 München geben, um vor allem neuen Mitgliedern unsere Grundwerte zu vermitteln und ihnen
13 Möglichkeiten der Partizipation aufzuzeigen.

14 Die Unterbezirke sind weiterhin dazu angehalten Anträge und Veröffentlichungen (zusätzlich)
15 in einfacher Sprache zu verfassen. Der Bezirksvorstand steht hier mit Rat und Tat zur Seite;
16 der Leitfaden "Einfache Sprache", welcher auf der neuen Homepage zu finden ist, dient der
17 Orientierung beim Schreiben von einfacheren Texten.

18 Bildungsarbeit

19 Seit nunmehr zwei Jahren gibt es die Rufseminare für die Unterbezirke. Aufgrund der
20 erfreulichen Nachfrage werden wir diese auch im kommenden Jahr anbieten. Um die
21 Rufseminare noch bekannter zu machen, werden diese weiter stark beworben - auch auf
22 unserer neuen Homepage.

23 Die Rufseminare sind unterteilt in inhaltliche und "Soft-Skill"-Seminare. Die Themen der
24 inhaltlichen Seminare sind Antifaschismus, Feminismus, Demokratischer Sozialismus und
25 Grundwerte der Jusos. "Soft-Skill"-Seminare gibt es zu "Juso-Arbeit vor Ort", "Reden auf
26 Parteitag", "Wie schreibe ich einen (einfachen) Antrag" und "Organisation von
27 Demonstrationen".

28 Das Portfolio der Rufseminare kann noch erweitert werden. Wir versuchen, alle Wünsche
29 aus den Unterbezirken zu weiteren Seminarthemen baldmöglichst zu erfüllen. Möglich wäre
30 zum Beispiel das inhaltliche Thema "Arbeits- und Sozialpolitik" oder auch ein "Soft-Skill"-
31 Seminar zum Thema "Social Media".

32 Die Rufseminare sollen außerdem der Vernetzung zwischen benachbarten Unterbezirken
33 dienen, da sie in der Regel unterbezirksübergreifend abgehalten werden. Sie dienen auch
34 der inhaltlichen und strukturellen Stärkung bislang inaktiver Unterbezirke.

35

36 Gleichstellung

1
2 Als feministischer Richtungsverband ist uns das Thema Gleichstellung sowohl
3 innerverbandlich als auch außerhalb des Verbandes sehr wichtig. Wir möchten mit unserer
4 Arbeit einen Teil dazu beitragen, die Gesellschaft ein Stück feministischer und gerechter zu
5 gestalten.
6
7 Während des gesamten Jahres über ist das Thema Gleichstellung ein wichtiges Thema in
8 der Arbeit des Bezirksvorstandes. Wir legen einen sehr großen Wert darauf, weiter unsere
9 Frauenvernetzungstreffen durchzuführen. In Zukunft möchten wir diese in verschiedenen
10 Orten in ganz Oberbayern veranstalten. In einigen ländlichen Unterbezirken gelingt es seit
11 Jahren kaum, weibliche Genoss*innen für die politische Arbeit zu aktivieren - oder es gibt
12 schlicht keine weiblichen Mitglieder. Wir wollen Frauen ermutigen, sich in der SPD und bei
13 den Jusos zu engagieren und nutzen die Frauenvernetzungstreffen, um uns gegenseitig zu
14 empowern.
15
16 Außerdem soll auch die Gleichstellungskonferenz am Ende des Jahres wieder stattfinden.
17 Dort haben wir die Gelegenheit uns mit bestimmten Themen intensiver zu beschäftigen und
18 in Workshops und Diskussionsrunden voneinander zu lernen und neue Ideen zu entwickeln.
19 Dies bietet vor allem Unterbezirken, die noch nicht miteinander vernetzt sind, den Raum ihre
20 Erfahrungen auszutauschen.
21 Natürlich ist unser Ziel, dass wir in allen Unterbezirken auch Frauen für die Juso Arbeit vor
22 Ort begeistern können. Dazu haben wir auf der letzten Gleichstellungskonferenz 2019 schon
23 einige neue Ideen und Strategien gesammelt. Zur Unterstützung der Unterbezirke bieten wir
24 auch weiterhin unser Rufseminar zum Thema Feminismus an, dass ihr gerne bei uns
25 anfragen könnt.
26
27 Generell werden wir auch weiterhin auf Probleme in unserem Verband hinweisen und
28 Lösungen erarbeiten, um diese schnellstmöglich zu beseitigen. Dabei wollen wir ein
29 Awareness Team etablieren, das als Anlaufstelle für sexistische, diskriminierende oder
30 ähnliche Vorfälle gilt. Außerdem wollen wir eine Schulung für alle Awareness-Interessierten in
31 Oberbayern anbieten, damit wir Betroffene bestmöglich unterstützen können und den
32 Beratenden Hilfsmittel an die Hand geben.
33
34 Wir werden uns diesen Themen mit viel Engagement widmen, denn Feminismus ist eines
35 der wichtigsten Themen in unserem Verband. Und auch im Jahr 2020 haben wir noch lange
36 keine Gleichstellung in der Gesellschaft erreicht.

37 Antifa und Gedenken

38 Wir wollen den Antifaschismus wieder mehr ins Zentrum unserer politischen Arbeit rücken.
39 Mit der AfD ist eine rechtsradikale Partei im Landtag und vielen kommunalen Parlamenten

1 vertreten, die Zahl ihrer Mandatsträger*innen wird nach der Kommunalwahl wohl noch
2 zunehmen. Daher wollen wir einen Leitfaden zum Umgang mit der AfD in Parlamenten
3 erstellen. Kern dessen wird die Grundregel sein, dass es keinerlei wie auch immer geartete
4 Kooperation und keine gemeinsamen Auftritte auf Podien geben darf. Wir möchten
5 insbesondere Mandatsträger*innen im Juso Alter miteinander vernetzen, damit sie sich
6 gegenseitig supporten können und über ihre Erfahrungen mit der AfD im Stadt- oder
7 Gemeinderat austauschen können. Es ist oft nicht leicht als einzige*r Juso in der Fraktion
8 immer standhaft zu bleiben. In diesem Sinne wollen wir auch in die SPD hineinwirken, um
9 diese Standfestigkeit allen sozialdemokratischen Mandats- und Amtsträger*innen nahe zu
10 bringen.

11

12 Über die AfD und andere rechtsradikale und faschistische Gruppierungen soll ein verstärkter
13 Austausch der Unterbezirke stattfinden. Es sollen die in den jeweiligen Unterbezirken
14 auftretenden Probleme mit Rechten gesammelt und gemeinsam beraten werden. Diese
15 Vernetzung soll auch zur oberbayernweiten Mobilisierung zu Aktionen gegen Rechts führen.
16 Neben der AfD macht vor allem in München der Rassist Michael Stürzenberger, ehemals
17 Vorsitzender der islamophoben Kleinstpartei DIE FREIHEIT mit häufigen Demonstrationen
18 und Informationsständen von sich reden. Zu den Gegendemonstrationen soll insbesondere
19 mobilisiert werden.

20

21 Als Möglichkeit der Vernetzung und des Austausches wollen wir den bereits bestehenden
22 Arbeitskreis Antifaschismus der Jusos München als AK für München und Oberbayern
23 erweitern. Gerade der Austausch über rechte Strukturen und Probleme in der Stadt und auf
24 dem Land im Vergleich kann besonders fruchtbringend sein. Weiterhin wollen wir
25 antifaschistische Demonstrationen organisieren und uns daran beteiligen. Auch zu
26 Gedenkveranstaltungen wollen wir gezielt mobilisieren. Wir wollen auch das Format "Bergauf
27 gegen Rechts" mit mindestens einer Wanderung wiederaufleben lassen und einen
28 inhaltlichen Input auf dem Berggipfel veranstalten.

29

30 Wir wollen nicht nur organisierten rechtsradikalen Strukturen, sondern rassistischen,
31 antisemitischen und menschenfeindlichen Gedankengut entgegentreten, wo auch immer es
32 auftaucht. Daher sollen unsere Mitglieder besonders darin geschult werden, wie man rechten
33 Stammtischparolen entgegentritt. Dafür soll bestehendes Informationsmaterial genutzt und
34 verteilt sowie neues erstellt werden.

35

36 Bündnisarbeit

37 Im Jahr 2020 wollen wir unsere Bündnisarbeit vorantreiben. Nur gemeinsam können wir
38 diese Gesellschaft zum Positiven verändern. Im kommenden Jahr müssen wir dabei noch
39 proaktiver als in den vergangenen Jahren auf unsere Bündnispartner*innen zugehen und

1 Veranstaltungen der Bündnispartner*innen besuchen, um eine engere Vernetzung zu
2 schaffen. Wir wollen auch versuchen, gemeinsame Veranstaltungen und Kampagnen zu
3 organisieren.

4

5 Unsere wichtigsten Bündnispartner*innen sehen wir hierbei in den Gewerkschaften,
6 insbesondere den Gewerkschaftsjugenden, in Geflüchteten- und Migrant*inneninitiativen, im
7 Bezirksjugendring und den progressiven religiösen Jugendverbänden sowie in den Sozial-
8 und Umweltverbänden wie der Arbeiterwohlfahrt und den Naturfreunden.

9 Außerdem arbeiten wir innerhalb der Partei aktiv mit den anderen Arbeitsgemeinschaften
10 zusammen, um die inhaltliche und strukturelle Erneuerung unserer Partei weiter voran zu
11 treiben.

12 **Veranstaltungen**

13 Verbandswochenende mit außerordentlicher Bezirkskonferenz

14 Im Jahr 2020 wird es kein Verbandscamp der Jusos Oberbayern geben. Dafür werden wir
15 uns intensiv in die Organisation des Verbandscamps der Jusos Bayern mit unserer
16 Expertise, die wir in den vergangenen Jahren sammeln konnten, einbringen.

17 Um dennoch eine Veranstaltung zu schaffen, bei der wir uns inhaltlich arbeiten und uns
18 vernetzen können, möchten wir in diesem Jahr ein Verbandswochenende abhalten, an dem
19 wir verschiedene Workshops und Diskussionsrunden anbieten wollen und den Abend bei
20 einem Arbeiter*innenliederabend ausklingen lassen werden. Das Verbandswochenende wird
21 in Verbindung mit der außerordentlichen Bezirkskonferenz stattfinden und ist auf Ende Juli
22 terminiert.

23 Gleichstellungskonferenz & Jahresabschlussfeier

24 Wie schon in den vergangenen Jahren möchten wir auch dieses Jahr wieder mit unserer
25 Gleichstellungskonferenz abschließen. Wir werden wieder ein passendes Thema auswählen
26 und Referent*innen und Bündnispartner*innen einladen, die Konferenz mit uns zu gestalten.
27 Nach der Gleichstellungskonferenz möchten wir das Jahr ganz gemütlich mit euch allen
28 zusammen bei der Jahresabschlussfeier ausklingen lassen.

29 Oberbayern entdecken

30 Oberbayern ist der flächenmäßig größte Regierungsbezirk Bayerns. Wir alle wohnen hier -
31 doch kennen wir mehr als unseren eigenen Unterbezirk und dessen Nachbarlandkreise?
32 Diesen Zustand wollen wir ändern, indem wir eine Veranstaltungsreihe durch unseren
33 schönen Bezirk starten wollen. Es soll hierbei auch darum gehen, sich gegenseitig kennen
34 zu lernen und zu vernetzen.

1 Bei der Veranstaltungsreihe soll es zu Beginn immer einen informativen/thematischen Teil,
2 bei dem man sich beispielsweise eine soziale Einrichtung anschauen oder mit einem*r
3 Expert*in zu einem bestimmten Thema diskutieren kann. Im Anschluss soll dann ein
4 geselliger Teil stattfinden, dieser kann auch auf einem Volksfest stattfinden.

5

6 Die Veranstaltungen werden mit Unterstützung durch den Bezirksvorstand, in erster Linie
7 aber durch die Unterbezirke organisiert. In Gegenden, in denen es keine aktiven Juso-
8 Strukturen gibt, prüft der Bezirksvorstand, gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit dem
9 örtlichen SPD-Unterbezirk, ob eine Oberbayern-Entdecken Veranstaltung organisiert werden
10 kann.

11 Internationale Arbeit und Exkursion Brüssel

12 Mehr denn je werden sozialistische Kämpfe international geführt. Amazon verlagert just-in-
13 time seine Produktion innerhalb Europas, um Streiks anfällig zu machen. Wer Menschen
14 das Leben rettet, muss fürchten, dafür hinter Gitter zu kommen. Die EU fördert internationale
15 Großkonzerne und Absatzmärkte und vernachlässigt oft lokale, interregionale und
16 interkommunale Zusammenhänge. Zudem verschärfen sich die Konflikte in der Region vom
17 Süden der Türkei und den kurdischen Autonomiegebieten, über Syrien, Irak, Israel und
18 Palästina bis nach Libyen, im Iran und im Jemen.

19 Wir müssen und wollen daher im nächsten Jahr die Kontakte zu internationalen
20 Genoss*innen aufrechterhalten und weiter ausbauen. Wir planen, im Herbst 2020 Maxim
21 Veys (Partij van de Arbeid van België) und Clémence Maulat (Jeunes Génération.s) in
22 Brüssel zu besuchen, wo Maxim Abgeordneter im flämischen Parlament ist. Dabei wollen wir
23 natürlich auch Maria Noichl im Europaparlament treffen und uns kritisch-konstruktiv mit dem
24 Handeln der EU auseinandersetzen.

25

26 Die Jusos Bayern möchten wir darin unterstützen, die Alpen-Internationale wiederaufleben
27 zu lassen. Mit dem neu konstituierten AK Internationales der Jusos München wollen wir
28 interessierte Genoss*innen aus ganz Oberbayern vernetzen und ihnen die Möglichkeit zur
29 Teilnahme erleichtern.

30

31 Schließlich werden wir auch bei Landeskonferenzen und dem Bundeskongress im nächsten
32 Jahr unsere Standpunkte im Bereich Internationales einbringen. Weiterhin streiten wir dabei
33 für die europäische Klimapolitik und eine CO2-Steuer. Wir wollen einhalten, was Deutschland
34 auf EU- und weltweiter Ebene versprochen hat. Auch weiterhin setzen wir uns für die
35 doppelte Solidarität mit Israel und Palästina ein. Wir zeigen Solidarität mit den
36 demokratischen und feministischen Bestrebungen in den kurdischen Gebieten gegenüber
37 Erdogans Politik der Gewalt. Und in Syrien und Iran unterstützen wir weder autoritäre, noch
38 religiöse Regime, sondern sind solidarisch mit linken und progressiven Kräften des
39 Widerstands.

1

2 Öffentlichkeitsarbeit

3 Im vergangenen Jahr haben wir im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit und Online
4 Kommunikation viel erreicht. Wir haben ein neues und moderneres Logo, wir haben neu
5 gestaltete und aktivere Social Media Kanäle und zwei Kampagnen erfolgreich gestartet.
6 Unser Hauptaugenmerk liegt dabei auf Facebook und Instagram. Ebenso ist nun endlich
7 unsere neue Website fertig.

8 In diesem Jahr möchten wir uns aber nicht auf unseren Erfolge vom letzten Jahr ausruhen,
9 sondern noch einmal ordentlich drauflegen. Zum einen wird es wieder mindestens zwei
10 Kampagnen geben, wobei eine Kampagne der Kommunalwahl gewidmet sein wird und eine
11 zweite ein inhaltliches Thema bespielen wird. Des Weiteren wollen wir auch unsere neu
12 gestalteten Plattformen mit mehr und neuen Inhalten füllen. Hierfür möchten wir den Blog auf
13 unserer Website für die Unterbezirke öffnen. Das heißt, ihr schreibt uns, wenn ihr was zu
14 sagen habt und wir veröffentlichen dann euren Beitrag in dem Blog. Ebenso möchten wir uns
15 an das Antragstool der Jusos Bayern anschließen und somit auch unsere
16 Bezirkskonferenzen mehr digitalisieren sowie die Möglichkeiten verbessern, unsere
17 Beschlusslagen zu verschiedenen Themen schnell aufzufinden.
18 Auch im kommenden Jahr möchten wir uns weiter mit den Unterbezirken im Social Media
19 Bereich vernetzen, um auch hier unsere Zusammenarbeit zu verbessern und unseren
20 Inhalten eine größere Reichweite zu verschaffen. Hierzu bauen wir unsere Telegram-
21 Vernetzungsgruppe weiter aus.

22

23 Arbeitskreise

24 Allgemeine Arbeitsweise

25 Auch im neuen Jahr soll es wieder Arbeitskreise zu unterschiedlichen Themen geben. Die
26 Arbeitskreise (kurz "AKs") sind für alle Mitglieder sowie Interessierte offen. In den
27 Arbeitskreisen sollen sich die Teilnehmer*innen zum jeweiligen Themengebiet informieren,
28 austauschen, diskutieren und neue politische Forderungen erarbeitet werden. Alle Mitglieder
29 sind herzlich Willkommen, egal ob mit Vorkenntnissen oder ohne. Ziel ist es, dass jeder AK
30 einen Antrag zum jeweiligen Thema schreibt und auf einer der nächsten Bezirkskonferenzen
31 einbringt.

32

33 Die Leitung der Arbeitskreise erfolgt durch jeweils ein Mitglied des Bezirksvorstands. Auf der
34 Bezirkskonferenz finden erste kurze Treffen zur Terminvereinbarung und Vernetzung statt.
35 Anschließend wird es zunächst ein Präsenztreffen geben, um ein direktes Kennenlernen zu
36 ermöglichen. Dort sollen z.B. Ziele, konkretes Vorgehen, wichtige Themenpunkte,
37 Arbeitsaufteilung, usw. diskutiert werden. In der Folge werden die AKs sich meist online auf

- 1 unserem Discord-Server in Telefonkonferenzen oder Chats abstimmen, auch weitere
- 2 Präsenztreffen sind je nach Wunsch der Teilnehmer*innen der AKs denkbar. Die Beteiligung
- 3 erfolgt individuell je nach Lust und Zeit der Mitglieder, die entweder nur unverbindlich
- 4 reinschnuppern oder sich über das ganze Jahr hinweg einbringen können. Folgende AKs
- 5 sind für das kommende Jahr geplant:

6

1 Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land

2

3 In Oberbayern sind wir noch weit davon entfernt gleichwertige Lebensverhältnisse zwischen
4 Stadt und Land zu haben. Menschen, die auf dem Land wohnen sind benachteiligt. Dort gibt
5 nur schlecht ausgebauten und teuren ÖPNV. Damit ist man an die Städte nur sehr schlecht
6 angebunden und die Teilhabe am Gesellschaftlichen Leben wird erschwert. Wir müssen uns
7 für bessere Entwicklungen auf dem Land einsetzen und dort guten ÖPNV, Glasfaserinternet,
8 Bildungseinrichtungen und bezahlbaren Wohnraum schaffen. Davon würden auch die
9 Großstädte profitieren, denn Wohnen wäre so auch außerhalb attraktiver möglich und die
10 angespannte Wohnungssituation könnte entlastet werden. Durch einen guten ÖPNV wäre
11 auch die Anbindungen zur Metropole gesichert und Teilhabe ermöglicht.
12 Im AK Gleichwertige Lebensverhältnisse wollen wir die Ungleichheiten aufzeigen und
13 mögliche Lösungen erarbeiten.

14

15 Chancengerechtigkeit

16 Es gibt in Deutschland immer noch oft "Chancenungleichheit" und das in vielen Bereichen -
17 sei es die ungleiche Behandlung von Mann und Frau oder die Separation im Schulwesen
18 zwischen Schüler*innen mit und ohne sonderpädagogischen Unterstützungsbedarf oder
19 auch die großen Unterschiede zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund.
20 Da das Thema sehr umfangreich ist und viele Themen möglich sind, setzt sich der AK
21 Chancengerechtigkeit im Jahr 2020 vor allem mit dem Thema "Inklusion" auseinander. Hier
22 gilt zuerst einmal zu klären, was ist eigentlich Inklusion bzw. was soll damit genau erreicht
23 werden. Hierfür ist es möglich die UN-Behindertenrechtskonvention aus dem Jahr 2009 zu
24 analysieren.
25 Da es sich beim AK Chancengerechtigkeit aber um einen sich entwickelnden Arbeitskreis
26 handelt sind die Themen jetzt noch nicht in Stein gemeißelt, sondern können gemeinsam
27 erarbeitet werden.

28

29 Digitalisierung

30 Es kommt nicht darauf an, ob wir die zunehmende Digitalisierung gut finden oder nicht. Es
31 kommt darauf an, sie sozial, transparent und gemeinsam zu gestalten. Daher schafft der AK
32 Digitalisierung eine Plattform zum Austausch über digitale Themen sowie zur Vernetzung
33 zwischen digitalaffinen und netzpolitisch interessierten Jusos.
34 Dabei setzen wir uns mit drei Schwerpunktthemen auseinander:
35 • "Digitalisierung vor Ort": Wie können wir unsere Kommunen digitaler gestalten? Wie
36 können wir auch den ländlichen Raum digital besser anbinden? Wie können wir den
37 Netzausbau fördern?

- 1 • "Digitalisierung im Recht": Wer kümmert sich eigentlich um unseren Datenschutz und
2 warum brauchen wir das? Wie können wir Cyberkriminalität bekämpfen? Wie gehen
3 wir mit großen Digitalkonzernen und deren monopolistischer Marktmacht um?
- 4 • "Digitaler Humanismus": Wie gehen wir mit den ethischen Fragestellungen um, die
5 die Digitalisierung aufwirft? Welche Strategien entwickeln wir im Umgang mit den
6 Nachteilen der Digitalisierung für den Menschen (z.B. CyberMobbing, ständige
7 Erreichbarkeit und Überwachung), Wie gehen wir mit künstlichen, humanoiden
8 Intelligenzen um? Wie setzen wir Digitalisierung im Sinne der Inklusion und digitalen
9 Teilhabe ein?
- 10 Darüber hinaus setzt sich der AK Digitalisierung für digitale Beteiligungsmöglichkeiten bei
11 Juso Seminaren ein. Durch den Einsatz von Videokonferenzsystemen bei offline Seminaren,
12 soll jedem*r Jungsozialisten*in die Möglichkeit gegeben werden, sich zu informieren,
13 beteiligen und partizipieren.

14 Wahlen

15 Kommunalwahl

16 Die kommenden vier Wochen stehen ganz im Zeichen der Kommunalwahl. Wir werden an
17 Infoständen, bei Veranstaltungen und Online alles dafür geben, dass die SPD starke
18 Ergebnisse erzielt und viele Jusos den Einzug in die kommunalen Gremien schaffen.

19

20 Nach der Kommunalwahl wollen wir die Vernetzung der Kommunalpolitiker*innen
21 vorantreiben. Über Discord, Mailverteiler und Treffen schaffen wir Raum für Austausch und
22 können so auch gemeinsam Kommunen- beziehungsweise landkreisübergreifende Ziele
23 vorantreiben.

24 Bundestagswahl

25 Spätestens im Herbst 2021 wählen wir einen neuen Bundestag. Wir wollen auch bei dieser
26 Wahl ganz besonders unsere Juso-Kandidierenden unterstützen und möglichst viele Jusos
27 empowern, sich für eine Kandidatur zu bewerben. In den Ortsvereinen setzen wir uns dafür
28 ein, dass viele Menschen als Delegierte an den Aufstellungskonferenz der Bundeswahlkreise
29 teilnehmen. Auch bei den Listenaufstellungen wollen wir uns gemeinsam für gute
30 Listenplätze der Juso-Kandidierenden einsetzen.

31

32 Unser Ziel für die kommende Bundestagswahl ist eine rot-rot-grüne Mehrheit. Wir setzen uns
33 innerhalb der SPD für ein starkes, linkes Programm ein, bei dem die Unterschiede zur Union
34 deutlich werden und wir uns klar von der Großen Koalition abgrenzen.

1 **Ausblick**

2 Wir haben in den vergangenen Jahren bereits viel erreicht, ebenso liegen aber noch viele
3 Aufgaben vor uns. Unsere Ziele für 2020 sind nicht kleiner als die in den letzten Jahren. Die
4 Sozialdemokratie muss in ihrer linken Ausrichtung gestärkt werden. Wir setzen uns innerhalb
5 und außerhalb der Partei dafür ein, dass die Menschen Sozialismus begreifen und erkennen,
6 wie viele Vorteile er für die meisten Menschen bietet. An allen Orten - auf der Straße, am
7 Stammtisch, im Netz - setzen wir uns Rassist*innen, Sexist*innen und allen, die andere
8 aufgrund beliebiger Eigenschaften diskriminieren, entgegen. Dafür brauchen wir auch in
9 diesem Jahr volles Engagement - vom Bezirksvorstand, von den Vorständen der
10 Unterbezirke und von allen Jusos in ganz Oberbayern.

11

12

13

A02

Leitantrag: Mehr demokratische Teilhabe für junge Menschen

#dieseJungenLeute#OKBoomer#PARTYzipation

Antragsteller*innen Bezirksvorstand Jusos Oberbayern

Adressat*innen Bezirkskonferenz der Jusos
Oberbayern, Landeskonferenz der
Jusos Bayern, Juso Bundeskongress,
SPD Oberbayern, Bayern SPD

2 „Junge Menschen sind politisch, auch wenn immer noch versucht wird, Jugendlichen das
3 politische Interesse abzusprechen. Doch was heißt eigentlich “unpolitisch oder politisch sein”?
4 Für viele ältere Menschen geschieht die Politik nur in Parlamenten und nur, wer Teil eines
5 Parlaments ist, ist auch Politiker*in. Jugendliche, die Freitags mit “Fridays for Future” auf die
6 Straße gehen, werden nicht ernst genommen und schon gar nicht als politische Menschen
7 wahrgenommen. Es gilt immer noch das Klischee von “diesen jungen Leuten”, die nicht
8 wissen, was sie da tun. Die aktuelle Shell-Jugendstudie aus dem Jahr 2019 zeigt, dass das
9 politische Interesse bei Jugendlichen im Alter von 15 bis 24 Jahren seit 2015 konstant relativ
10 hoch liegt.

11 “Diese jungen Leute” wollen dabei vor allem auch selbst Ziele erreichen und nicht nur den
12 “erwachsenen” Politiker*innen zuschauen. Gewünscht ist eine echte Partizipation, also eine
13 aktive Teilhabe an Planungen, Entscheidungen und deren Verwirklichungen, die vor allem
14 den eigenen Lebensraum betreffen. Die Jugendlichen wollen Politik mitgestalten und nicht
15 hören, wie über sie geredet wird. Sie wissen, was sie brauchen und können dies selbst
16 artikulieren.

17 Jedes Projekt, das unter dem Titel “Jugendpartizipation” läuft, muss auf Wirkung ausgelegt
18 sein. Das bedeutet, dass es einen echten Einfluss auf Entscheidungen hat und nicht lediglich
19 eine Scheinpartizipation darstellt. Nur so kann Partizipation für Jugendliche attraktiv sein. Die
20 Jugendlichen müssen aktiv eingebunden sein, damit sie sehen, dass sie etwas bewirken
21 können und dies auch weiter betreiben, sodass sie nicht nach einem Projekt direkt wieder
22 demotiviert aufgeben. Deshalb sind zwei Aspekte wichtig, die zum Gelingen führen:
23 hauptamtliches, geschultes Personal, dass die Beteiligung und Umsetzung konkreter
24 Projekte ermöglicht und die Bereitstellung der dafür notwendigen Ressourcen. So ist

1 gewährleistet, dass die jungen Menschen, die sich für Projekte einsetzen auch deren
2 zeitnahe Umsetzung gestalten können.

3 Politische Bildung: Partizipation fördern

4 Bildung, so wie wir Jusos sie verstehen, befähigt Menschen, ihr Leben selbstbestimmt zu
5 leben. Sie bildet damit das Fundament einer demokratischen Gesellschaft. Politische Bildung
6 meint insbesondere den Bereich der Bildung, in dem Menschen lernen, wie politische
7 Prozesse funktionieren und wie man an ihnen mitwirken kann sowie Zusammenhänge im
8 politischen Geschehen und in der Geschichte zu verstehen. Außerdem trägt sie ihren Teil
9 dazu bei, dass Werte wie Toleranz und Solidarität ausgebildet und gestärkt werden.
10 Politische Bildung erfolgt auf verschiedenen Wegen: Durch das Erlernen von theoretischem
11 Wissen und das praktische Erfahren von partizipativen Prozessen.

12

13 Jede*r hat eine Meinung - egal ob zwei oder 52 Jahre alt. Insbesondere Jugendliche unter
14 18 Jahren haben durch den Ausschluss von demokratischen Wahlen weniger Möglichkeiten
15 ihre Meinung einzubringen. Unabhängig davon artikulieren junge Menschen ihre Meinung
16 anders, als erwachsene Menschen, dieser Besonderheit im Engagement Jugendlicher muss
17 entgegen gekommen werden. Mitbestimmung ist dabei ein Lernprozess, der so früh wie
18 möglich beginnen muss. Bereits in der Kita können Kinder in Entscheidungen eingebunden
19 werden. Sie lernen dabei, dass ihre Meinung zählt und eine Rolle spielt, und sie lernen auch
20 auf andere Meinungen zu achten.

21

22 Während die Bereiche, in denen Kleinkinder mitbestimmen, sich noch auf kleinere,
23 kurzfristige Entscheidungen beschränken, sollen die Möglichkeiten von Schüler*innen je
24 nach Alter und Selbstständigkeit weiter wachsen. Dies betrifft sowohl die Gestaltung des
25 Unterrichts als auch außerunterrichtliche Bereiche.

26 Jugendbeteiligungsformate müssen altersangemessen, niedrigschwellig und motivierend
27 gestaltet werden. Hierfür sind innovative Methoden zur Gestaltung von Diskussions- und
28 Gruppenprozessen einzusetzen. Insbesondere sollen auch Methoden gefunden werden, die
29 Kinder im Vorschul- und Grundschulalter an stadtplanerischen Vorgängen die sie betreffen
30 spielerisch beteiligt.

31 **Partizipation im Unterricht**

32 Unterricht, der Schüler*innen ermöglicht, eigene Entscheidungen über Lerninhalt und -
33 methodik zu wählen, ist in unserem aktuellen Schul- und Unterrichtssystem kaum möglich.
34 Volle Lehrpläne und Leistungsdruck dominieren den Alltag ebenso wie Frontalunterricht, in
35 welchem die Lehrkraft bestimmt, wie häufig die Schüler*innen etwas beitragen dürfen. Um
36 selbstbestimmten Unterricht ermöglichen zu können, müssen Freiräume durch erneuerte
37 Lehrpläne und Stundentafeln geschaffen werden, sodass Kinder und Jugendliche - teils
38 individuell, teils in Gruppen - wählen können, was und in welcher Art und Weise sie lernen
39 möchten. Auch die Lehrkräfte müssen in Aus- und Weiterbildung dazu befähigt werden, ihren
40 Schüler*innen Partizipation im Unterricht zu ermöglichen.

1

2 **Politische Bildung als Lerninhalt**

3 In der Schule wird politische Bildung in Bayern vor allem im Fach "Politik und Gesellschaft"
4 (vormals: Sozialkunde) bzw. "Sozialwesen" verortet, welches je nach Schulart
5 unterschiedlich intensiv, jedoch stets mit sehr niedrigem Stundenkontingent unterrichtet wird.
6 So hat ein*e Schüler*in am Gymnasium eine Stunde Klasse 10, zwei Stunden Klasse 11, je
7 eine 12 und 13, insgesamt also fünf Wochenstunden Unterricht in Sozialkunde, was im
8 Vergleich aller Schularten das Maximum darstellt. Das ist in unseren Augen zu wenig!
9 Ein Ziel des Faches ist, Schüler*innen zu Diskussionen anzuregen. Dies ist in diesen kurzen
10 Zeitabschnitten kaum möglich. Wir fordern deshalb sowohl die Erhöhung des
11 Stundendeputats für Politikunterricht als auch an dieser Stelle eine Flexibilisierung der
12 Lernzeiten langfristig über ein Aufbrechen des starren Stundenrhythmus sowie die
13 Etablierung von Lernen in Projekten.

14

15 Politikunterricht beziehungsweise passende Projekte sollten dabei ab der ersten Klasse ihren
16 Raum bekommen, wobei von Anfang an Bezug auf die aktuelle Tagespolitik genommen
17 werden sollte. Es gilt, das Interesse von Kinder für Politik zu wecken und aufrechtzuerhalten.
18 Dies kann und sollte auch durch den Austausch mit Mandatsträger*innen oder
19 Kandidierenden der demokratischen Parteien, denen die AfD nicht angehört, aller politischen
20 Ebenen geschehen, um Politiker*innen nahbar zu machen. Ziel dabei ist es auch, die in den
21 letzten Jahren teilweise verstärkt befeuerte Skepsis gegenüber Parteien und Parlamenten
22 abzubauen. Ebenso sind Gesprächsrunden oder Projekte mit Gewerkschaften und
23 Verbänden zu fördern sowie der Besuch von Orten mit politischer Relevanz wie zum Beispiel
24 Gedenkstätten oder Parlamente.

25

26 Bei der politischen Bildung, insbesondere der Zusammenarbeit mit Parteien und
27 Organisationen, ist die Einhaltung des Beutelsbacher Konsenses selbstverständlich
28 sicherzustellen. Dies bedeutet, dass Schüler*innen durch die Lernangebote befähigt werden
29 müssen, sich ihre Meinung zu bilden und sich an politischen Prozessen zu beteiligen, und
30 dass strittige Meinungen aus verschiedenen Blickwinkeln dargestellt werden müssen. Dabei
31 bleibt zu betonen, dass gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Rassismus, Homophobie
32 und Sexismus keine strittigen Themen sind, sondern strikt abgelehnt werden und in der
33 freiheitlich demokratischen Grundordnung keinen Platz haben. Menschen, Parteien und
34 Verbänden, die dies nicht glaubhaft vertreten, ist in der Schule kein Podium zu bieten.

35

36 **SMVen stärken**

37 In der "Schülermitverantwortung" (sic) (kurz SMV) können sich Jugendliche an
38 weiterführenden Schulen engagieren, um ihre Schule mitzugestalten. An der Spitze des
39 Gremiums stehen die von der Schüler*innenschaft oder der
40 Klassensprecher*innensammlung gewählte Schüler*innensprecher*innen. Die SMV hat
41 dabei nach Bayerischen Erziehungs- und Unterrichtsgesetz das Recht, über alle die

1 Schüler*innenschaft betreffenden Belange informiert zu werden, Beschwerden vorzubringen,
2 zwischen Schüler*innen und Lehrkräften oder Schulleitung zu vermitteln sowie Wünsche
3 bezüglich des Schulalltags und Schulveranstaltungen vorzubringen und bei der Umsetzung
4 mitzuwirken. Inwieweit die SMVen dabei an ihren Schulen tatsächlich ihre eigenen Ideen und
5 Vorstellungen umsetzen können, hängt allerdings stark von der jeweiligen Schulleitung ab.
6 Wir fordern, dass gewisse Rechte den SMVen über die aktuellen Bestimmungen hinaus
7 grundlegend eingeräumt werden. Hierzu gehört zum einen das Recht auf ein mehrtägiges,
8 außer Haus stattfindendes SMV-Seminar an allen weiterführenden Schulen, das jährlich zu
9 Beginn des Schuljahres stattfinden soll. Die SMVen können hier ihre gemeinsamen Ziele
10 festlegen und sich als Team finden. Das Seminar soll vollständig finanziert werden. Darüber
11 hinaus sind den SMVen weitere finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, damit Projekte
12 umgesetzt werden können. Insbesondere sollen dabei politische Projekte unterstützt werden,
13 die über aktuellen Aktivitäten wie einen Kuchenverkauf und eine Halloweenparty
14 hinausegehen. Wir fordern außerdem, dass Schüler*innen in bestimmten Bereichen alleinige
15 Entscheidungsrechte haben. Dies kann beispielsweise die Verwendung von einem niedrigen
16 einstelligen Prozentanteil des Schulbudgets oder die Auswahl und das Angebot von
17 Wahlfächern betreffen. Außerdem sind den SMVen die notwendigen Räumlichkeiten für ihre
18 Arbeit zur Verfügung zu stellen. Diese sollten auch außerhalb der Schulöffnungszeiten
19 erreichbar sein, da sich die Schüler*innen während der Schulzeit vorwiegend im Unterricht
20 aufhalten und deshalb keine Aktionen planen können.

21

22 Auch die Betreuung der SMV durch eine oder mehrere Verbindungslehrkräfte hängt stark
23 von den gewählten Personen ab - von völligem Desinteresse über angemessene und
24 erwünschte Begleitung bis zur Bevormundung. Sowohl für Schulleitungen als auch für
25 Verbindungslehrkräfte sollten deshalb regelmäßige Weiterbildungen angeboten werden, in
26 denen sie lernen, wie sie partizipative Prozesse gestalten und die SMV im richtigen Maße
27 unterstützen können.

28

29 **Partizipationsmöglichkeiten in der Freizeit**

30 Kinder und Jugendliche verbringen einen großen Teil ihrer Zeit in oder bei Hausaufgaben
31 und Lernen mit der Schule. Bereits für Kinder in der dritten und vierten Klasse nimmt die
32 häusliche Vorbereitung einen großen Zeitraum am Nachmittag ein. Um sich entfalten zu
33 können, ist es aber ebenso notwendig, den eigenen individuellen Hobbys nachgehen zu
34 können. Schulen in Bayern sollten daher grundsätzlich als rhythmisierte Ganztagschulen
35 organisiert sein, damit nach Ende der Schule auch alle schulischen Pflichten erfüllt sind. So
36 haben sie die Möglichkeit, Sport zu treiben oder sich ehrenamtlich zu engagieren. Auch in
37 Vereinen und Verbänden sollen die Möglichkeiten der Mitbestimmung für Kinder und
38 Jugendliche gestärkt werden.

39

40 **Mitbestimmung in der Ausbildung**

1 Während es auch in Berufsschulen SMVen gibt und die Auszubildenden hier - zumindest
2 teilweise - mitbestimmen dürfen, ist eine Mitbestimmung im Ausbildungsbetrieb bei weitem
3 nicht sichergestellt. In Unternehmen mit Betriebsrat vertreten Jugend- und
4 Auszubildendenvertretungen (JAV) die Interessen der Auszubildenden. Hat ein Unternehmen
5 keinen Betriebsrat, so ist auch die Bildung einer JAV aktuell nicht möglich. Diesen Zustand
6 halten wir für nicht tragbar und fordern, dass in allen Unternehmen die Gründung einer JAV
7 möglich ist!
8 Damit die JAV eine echte Mitbestimmung besitzt, fordern wir unabhängige
9 Handlungsmöglichkeit auch ohne Zustimmung des BR in Fragen der Jugend,
10 Auszubildenden, Dual Studierenden und Praktikant*innen. Dies muss unter einem
11 verstärkten Kündigungsschutz, Versetzungsschutz und der Zusicherung einer unbefristeten
12 Übernahme von JAV's nach der Ausbildung geschehen, um ohne Sorge auch bei
13 schwierigen Fragen aktiv werden zu können. Uns ist wichtig die Möglichkeiten der
14 Mitbestimmung durch Azubis, Dualis, Jugendlichen und Praktikant*innen in möglichst viele
15 Betriebe zu tragen, weswegen die Altersgrenze für die Gründung einer JAV abgeschafft
16 werden soll und bereits ab 3 Azubis, Dualis, Jugendlichen oder Praktikant*innen deren
17 Einsatz länger als 3 Monate andauert, möglich sein muss.

18
19

20 **Politische Bildung über die Schule hinaus**

21 Mit dem Abschluss der Schule und der Ausbildung endet Lernen nicht. Vielmehr erlernt man
22 sein Leben lang neues Wissen und neue Fertigkeiten, die nicht ausschließlich mit dem
23 eigenen Beruf zusammenhängen müssen. Hierzu gehört auch die Fortbildung im Bereich der
24 politischen Bildung. In allen Bundesländern außer Sachsen und Bayern haben
25 Arbeitnehmer*innen für Weiterbildung in den verschiedensten Bereichen die Möglichkeit,
26 Bildungsurlaub zu nehmen. Wir bekräftigen an dieser Stelle unsere Forderung nach der
27 Einführung eines gesetzlichen Anspruches auf Bildungsurlaub im Umfang von mindestens
28 zwölf Tagen.

29 Darüber hinaus wollen wir, dass Einrichtungen der politischen Bildung stärker gefördert
30 werden. In Oberbayern ist dabei insbesondere die Georg-von-Vollmar-Akademie zu nennen,
31 die im Bereich der politischen Bildung ein attraktives und umfangreiches Bildungsangebot
32 anbietet. Daher werden wir uns weiterhin dafür einsetzen, dass deren Bildungsstätte in
33 Kochel erhalten bleibt.

34 **Partizipation in der Kommune**

35 **Jugendsprechstunde**

36 Analog zu Bürger*innensprechstunden, die in vielen Kommunen von Bürgermeister*innen
37 angeboten werden, soll es auch mindestens einmal im Monat eine Sprechstunde des*r
38 Bürgermeister*in für Kinder und Jugendliche geben. Die Jugendlichen können so mit ihren
39 Fragen rund um die Kommune bzw. die Politik in der Kommune zum*r Bürgermeister*in
40 kommen und bekommen Antworten aus erster Hand. Damit die Jugendlichen an

1 kommunalen Entscheidungen teilhaben, brauchen sie die Möglichkeit leicht an Antworten zu
2 kommen - dies klappt am besten in einer Jugendsprechstunde des*r Bürgermeister*in oder
3 eines*r Vertreter*in des Gemeinderats.
4 Ein leicht zugängliches, niederschwelliges Onlineportal soll darüber hinaus alle Beschlüsse
5 und Anträge der Kommunen (Gemeinde- & Stadträte sowie Kreistage) übersichtlich zur
6 Verfügung stellen.

7

8 **Jungbürger*innenversammlungen**

9 Um die Jugendlichen besser in die Geschehnisse der Gemeinde einzubinden, soll
10 mindestens einmal im Jahr eine Jungbürger*innenversammlung stattfinden, zu der alle
11 Jugendlichen, im Alter von 10 bis 22 Jahre, rechtzeitig per Post eingeladen werden. Um eine
12 möglichst breite Beteiligung zu ermöglichen, ist darüber hinaus auch in den Jugendzentren
13 zu mobilisieren, in denen auch Menschen erreicht werden können, die noch nicht politisch
14 interessiert oder aktiv sind. Zusätzlich muss die Veranstaltung auf Social Media und in der
15 Zeitung beworben werden. Auf der Jungbürger*innenversammlung muss der Stadt- oder
16 Gemeinderat allen Jugendlichen mit einem offenen Ohr Rede und Antwort stehen.
17 Innerhalb eines bestimmten Rahmens soll die Jungbürger*innenversammlung abschließende
18 Entscheidungen treffen können, wenn kein Jugendrat vorhanden ist.
19 Die Themensetzung für die Veranstaltung soll dabei durch die Jugendlichen selbst,
20 beispielsweise durch Rückmeldung in den sozialen Medien erfolgen.

21

22 **Jugendrat**

23 Neben der Jungbürger*innenversammlung stellt auch ein Jugendrat eine gute Möglichkeit
24 der direkten Jugendpartizipation dar.

25

26 *Definition Jugendrat*

27

28 Ein Jugendrat ist ein Gremium, in welchem Jugendliche zu aktuellen Belangen einer
29 Kommune tagen. Es orientiert sich dabei an den parlamentarischen Gremien in der
30 Kommune - also dem Stadt- oder Gemeinderat.

31 den Jugendrat bzw. die Jugendlichen, die Teil des Jugendrats sind, sollen zu einer
32 Verbesserung der Situation von Kindern und Jugendlichen in der Kommune beitragen. Sie
33 sind die Vertreter*innen aller Kinder und Jugendlichen und setzen sich für diese ein.

34

35 Die institutionalisierte Beteiligung von Jugendlichen an der politischen Entscheidungsfindung
36 existiert in verschiedenen Formen unter verschiedenen Bezeichnungen. Unter
37 Jugendparlamenten werden unterschiedliche Dinge verstanden, das reicht von gewählten
38 dauernden Vertreter*innen bis zu einmalig tagenden Vollversammlungen, aus denen keine
39 Ergebnisse resultieren.

1 Wir verwenden daher den Begriff des Jugendrates, dieser beinhaltet für uns Kriterien, wie die
2 projektorientierte und verstetigte Arbeitsweise, ausreichende Finanzierung und
3 hauptamtliche Unterstützung.

4 *Grundanforderungen an Jugendräte*

5 Die Wahlen für den Jugendrat sollen demokratisch per Brief stattfinden. Wahlberechtigt sind
6 alle Kinder und Jugendlichen von 13 bis 22 Jahren mit Wohnsitz in der jeweiligen Gemeinde.
7 Hierbei muss die Kommune dafür sorgen, dass alle sozialen Schichten abgebildet sind.

8

9 Sind in der Kommunalen Ebene ausreichend örtliche Schulen vorhanden, so ist die Wahl für
10 den Jugendrat über ein Delegiertensystem zu bevorzugen. Dabei entsenden die örtlichen
11 Schulen gewählte Delegierte, wobei alle vorhandenen Schularten gleichermaßen vertreten
12 sein müssen. Diese bilden dann den Jugendrat auf kommunaler Ebene. Die kommunalen
13 Strukturen bringen unterschiedlichste Voraussetzungen mit sich. Ländliche Kommunen, in
14 denen es nur wenige oder gar keine weiterführenden Schulen gibt, haben oft das Problem,
15 dass eine schulbasierte stetige Jugendpartizipationsarbeit kaum umzusetzen ist. Wichtig ist
16 uns, dass Jugendpartizipation überall stattfindet. Deshalb bevorzugen wir in diesen Fällen
17 Projektbezogene Jugendarbeit, deren Ausgestaltung den Kommunen obliegt. So können
18 insbesondere ländliche Strukturen von jungen Menschen mitgestaltet und attraktiver gemacht
19 werden. Grundsätzlich soll dabei auf Geschlechtergerechtigkeit geachtet werden und sich an
20 die Leitplanken des BJR für Jugendpartizipation gehalten werden:

- 21 • - altersangemessen, milieu- und geschlechtersensibel
- 22 • niederschwellig und motivierend
- 23 • zeitlich für die Jugendlichen überschaubar angelegt
- 24 • bezugnehmend auf das konkrete Lebensumfeld
- 25 • transparent in den tatsächlichen Auswirkungen auf Entscheidungen
- 26 • ausreichend mit finanziellen und personellen Ressourcen ausgestattet
- 27 • Perspektiven und Nachhaltigkeit für Anschlussprojekte/-initiativen bietend

28

29 Sobald die Wahl des Jugendrats durchgeführt wurde, liegt die politische Verantwortung bei
30 den gewählten Mitgliedern.

31 Jeder Jugendrat wird durch einen pädagogische Fachkraft unterstützt. Diese hat dabei
32 selbstverständlich im Jugendrat kein Stimmrecht, kann aber angehört werden. So begleitet
33 sie den Prozess, gibt - sofern nötig - Impulse und steht zur Unterstützung bereit, sollte es zu
34 Konflikten oder anderen Problemen kommen. Inwieweit eine Betreuung durch die
35 pädagogische Fachkraft erfolgt beziehungsweise wie umfangreich diese ist, soll von den
36 Jugendlichen mitbestimmt werden können.

1 *Räumlichkeiten*

2 Weiterhin ist es notwendig, dass der Rat einen barrierefreien Tagungsraum von der Gemeinde
3 zur Verfügung gestellt bekommt. Als Raum kann beispielsweise der Jugendraum oder das
4 Jugendzentrum der Gemeinde genutzt werden, wenn Ausstattung und Größe dies zulassen.

5 *Ebenen und Zusammenarbeit der einzelnen Jugendräte*

6 Die Jugendräte sollen analog zu den Kommunalebene angegliedert sein. Davon
7 ausgenommen sind die Bezirksausschüsse der großen Städte, da sich dort junge Menschen
8 erfahrungsgemäß eher mit der gesamten Stadt identifizieren als mit einzelnen Stadtvierteln.
9 Die Räte auf den unterschiedlichen Ebenen sollen unabhängig voneinander gewählt werden.
10 Selbstverständlich besteht die Möglichkeit, sich sowohl für einen Platz im Jugendrat der
11 Kommune zu bewerben als auch für den Kreisjugendrat. Durch die Unabhängigkeit der
12 Gremien verhindert man, dass immer nur die gleichen Menschen Verantwortung und Posten
13 übernehmen. So können sich Bewerber*innen, die sich insbesondere für Themen im Landkreis
14 einbringen wollen, auf der entsprechenden Ebene wählen lassen, ohne vorher auf
15 kommunaler Ebene gewählt worden zu sein. Das schafft abwechslungsreiche Jugendrate mit
16 vielen neuen Blickwinkeln.

17 Wir möchten die Zusammenarbeit zwischen Kreis- und Kommunenebenen fördern, indem wir
18 analog zu den Bürgermeister*innenrunden auch Treffen zum inhaltlichen Austausch anbieten.
19 Dabei kann ein Erfahrungsaustausch stattfinden und es können neue Denkanstöße geliefert
20 werden. Verschiedene Themen, die in mehreren Gemeinden relevant sind, können vom Kreis
21 unterstützt werden, damit eine flächendeckende Umsetzung erreicht werden kann.

22

23 *Aktive Mitbestimmung des Jugendrats*

24

25 Um dem Jugendrat die Möglichkeit zu geben, seine Beschlüsse und Initiativen umzusetzen
26 und seine Arbeitsfähigkeit zu gewährleisten, sollen die Kommunen in ihrem Haushalt für den
27 Jugendrat eine gesonderte Stelle einrichten.

28 Der Jugendrat verwaltet dabei selbst die ihm zur Verfügung gestellten Mittel und legt der
29 Kommune einen Bericht über die Verwendung der Mittel vor.

30 Damit die Bedürfnisse der Jugendlichen durch das Budget erfasst werden, soll die Kommune
31 den Jugendlichen in dieser Angelegenheit ein Mitspracherecht über die Höhe des Budgets
32 einräumen.

33

34 Die Anträge, die den Jugendrat behandelt, sind Vorschläge der jungen Bevölkerung einer
35 Kommune, wie sie sich ihr Leben vor Ort in Zukunft wünschen und vorstellen. Die
36 Gemeinden sollen den Räten deshalb außerdem die Möglichkeit geben, Anträge in den
37 Gemeinderat einzubringen. An den Beratungen über die Vorschläge sollen Mitglieder des
38 Jugendrates teilnehmen und auch ein Rederecht bekommen.

1 So soll sichergestellt sein, dass den Jugendrat möglichst reibungslos tätig sein kann und
2 Jugendbeteiligung in der Kommune erfolgreich funktioniert.

3

4 *Unterstützung des Jugendrats durch Jugendbeauftragte des Gemeinderats und*
5 *pädagogische Fachkräfte*

6

7 Kommunale Jugendbeteiligung ist in jeder Gemeinde ein besonders wichtiges Thema, das
8 leider oft nicht die nötige Aufmerksamkeit bekommt. Gerade in kleineren Gemeinden kommt
9 es häufig vor, dass sich Jugendbeauftragte als einzige den Anliegen der Jugendlichen
10 annehmen. Das es sich hierbei in der Regel um ein Ehrenamt zusätzlich zum
11 Gemeinderatsmandat handelt, hängt die jugendpolitische Aktivität häufig von den zeitlichen
12 Ressourcen und den politischen Schwerpunkten der*des Beauftragten ab und kommt leider
13 häufig zu kurz. Da die kommunale Jugendbeteiligung ein sehr großes Feld ist, reicht es oft
14 nicht, nur einen ehrenamtlichen Beauftragten dafür einzusetzen. Wir fordern stattdessen
15 pädagogische Fachkräfte, die sich als Teilbereich ihrer Arbeitsstelle um die Koordination und
16 den Aufbau des Jugendrats kümmern. Gerade in kleineren Gemeinden kann es sein, dass
17 sie sich keine Fachkraft leisten können und diese Fachkraft auch nicht genug Aufgaben für
18 eine Vollzeitstelle hätte. Eine mögliche Lösung wäre an dieser Stelle, dass sich mehrere
19 Nachbargemeinden eine pädagogische Fachkraft für den Bereich der Jugendpartizipation
20 und die Betreuung des Jugendrats teilen.

21

22 Wichtig ist bei der Unterstützung des Jugendrats, dass die Sozialpädagog*innen nicht die
23 Rolle der*des "Aufpasser*in" übernehmen, sondern sie sollen im Sinne des Empowerment-
24 Ansatzes, die Jugendlichen befähigen, selbst aktiv zu werden und den Prozess der
25 politischen Beteiligung unterstützend zu begleiten. Die pädagogische Fachkraft steht dabei
26 immer, wenn Fragen aufkommen, als Ansprechperson zur Verfügung.

27

28 Deshalb fordern wir:

29 Die Partizipation junger Menschen als Grundsatz in die Bayrische Verfassung aufzunehmen.

30 Die Jugendbeteiligung als Prinzip in die Bayrische Gemeindeordnung sowie in den

31 Geschäftsordnungen der Kommunen und Landkreise festzuschreiben.

32 **5. Wahlalter 14 jetzt!**

33 *Fridays for Future*, die Demonstrationen gegen die Urheberrechtsreform der Europäischen
34 Union und zahlreiche Debatten über die Sozialen Netzwerke machen klar: Die Jugend will
35 mitbestimmen. Aktive Mitbestimmung und Beeinflussung der politischen Lage geschieht in
36 einer Demokratie durch die Teilnahme an Wahlen. Doch hier haben wir aktuell für
37 Jugendliche einen deutlichen Mangel: Wählen ist erst ab Erreichen der Volljährigkeit mit
38 18 Jahren möglich.

1 Besonders konservative Kräfte lehnen vehement das Wahlrecht für Jugendliche unter 18
2 Jahren ab. Der häufigste Vorwurf der Gegner*innen ist die fehlenden Einsichtigkeit und der
3 Mangel an Verantwortungsbewusstsein der jungen Menschen, die an die Urnen treten
4 möchten.
5
6 Doch bekommen die Jugendlichen in vielen Bereichen noch vor dem Erreichen der
7 Volljährigkeit Verpflichtungen auferlegt und Rechte zugesprochen. Mit 16 Jahren können
8 Jugendliche bereits eine Arbeit annehmen bzw. in eine Lehre eintreten. Damit kann auch die
9 Verpflichtung mit einhergehen, Steuern und Abgaben zu entrichten.
10 Die Strafmündigkeit tritt bereits mit 14 Jahren ein, ein*e Jugendliche*r kann ab diesem
11 Zeitpunkt für all seine Vergehen zur Rechenschaft gezogen werden und muss sich für diese
12 verantworten. Auch haben Jugendliche in vielen deutschen Bundesländern mit Erreichen des
13 vierzehnten Lebensjahres das Recht, ihre Religion beziehungsweise ihre
14 Religionszugehörigkeit frei zu wählen, ohne die Zustimmung der Eltern einholen zu müssen.
15 Auch der Vorwurf, Jugendliche seien in ihrer Wahlentscheidung leichter beeinflussbar als
16 ihre erwachsenen Mitbürger*innen, entbehrt seiner Grundlage. Besonders des Vorwurf,
17 junge Menschen würden leichter für einfache und radikale Äußerungen zu begeistern sein
18 als Erwachsene und deshalb eher rechtsradikale Parteien wählen, ist haltlos: Stimmten bei
19 der Bundestagswahl 2017 12,6 Prozent der Deutschen für eine offen menschenfeindliche
20 Partei, die AfD, erreichte diese bei den Juniorwahlen, also Wahlen für alle Minderjährigen,
21 6,0 Prozent, die Hälfte des Ergebnisses der Bundestagswahl.
22
23 Bei näherer Betrachtung entpuppen sich die Argumente der Gegner*innen einer
24 Herabsetzung des Wahlalters als Nebel um den wahren Kern: Einer Verweigerungshaltung
25 gegenüber der gesellschaftlichen Entwicklung, die dem 21. Jahrhundert angemessen ist.
26 Doch diese Anschauung wird sich nicht halten, denn wir werden das nicht zulassen. Das
27 machen wir mit diesem Antrag nochmals deutlich. Wir fordern das kommunale Wahlrecht für
28 alle Menschen an ihrem Hauptwohnsitz. Wir fordern die Absenkung des Wahlalters - aktiv
29 wie auch passiv - auf 14 Jahre für alle!
30

A03

Rechtsradikale Symbolik bekämpfen!

Antragsteller*innen	Jusos München Stadt
Adressat*innen	Juso Bezirkskonferenz, Juso Landeskonferenz, Juso Bundeskongress Bayern SPD, Bundes SPD

2 **Rechtsradikale Symbolik bekämpfen, verbieten und bestrafen**

3 Die Strafbarkeit rechtsradikaler Symbole wird neu bewertet: Die Liste der nach §86a StGB
4 strafbaren Symbole wird durch das zuständige Innenministerium erweitert. Ferner wird ein na-
5 tionales und ein europäisches Register nationalistischer, nationalsozialistischer und faschisti-
6 scher Symbole, Texte und Lieder eingeführt, dass ständig aktualisiert wird und als Grundlage
7 iuristischer Verfolgung dient.

8 Explizit wird die Verwendung folgender Symbole in rechtsradikalen Kontexten strafbar:

9 Schwarze Sonne , Reichsflagge, Reichskriegsflagge von 1867 – 1921, 1922 – 1933, 1933 –
10 1935

11

12 Auch wird geprüft, ob sich die Verwendung der Flagge der Südstaaten der USA, die soge-
13 nannte Konföderierten- Flagge, welche ein Symbol für Sklaverei und Rassismus darstellt, ver-
14 boten und unter Strafe gestellt werden kann. Sollte sich dies bestätigen, wird entsprechend
15 gehandelt.

16

17 Des Weiteren wird geprüft, ob sich die Verwendung des Zahlencodes 168:1 als Verherrlichung
18 von Straftaten (§140 StGB) und/oder Volksverhetzung (§130 StGB) unter Strafe stellen lässt.
19 Ebenfalls soll die Verwendung des Codes „Fourteen Words“ geprüft werden. Sollte sich dies
20 bestätigen, wird entsprechend gehandelt.

21 Auch wird geprüft, ob sich die Verwendung der oben genannten Symbole im Rahmen des
22 §130 StGB unter Strafe stellen lässt. Sollte sich dies bestätigen, wird entsprechend gehandelt.

23 Außerdem wird geprüft, welche weiteren Symbole, durch Rechtsradikale verwendet werden,
24 als verfassungsfeindlich, volksverhetzend und strafbar eingestuft werden können – und es wird
25 entsprechend gehandelt.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38

Begründung:

Die Schwarze Sonne war ein Symbol der SS und wird heute gerne als legaler Ersatz für die verbotenen SS-Runen und das Hakenkreuz verwendet. Es ist historisch nicht belegt, dass das Symbol aus dem Germanentum stammt, sondern es handelt sich um ein Kunstprodukt der SS, auch wenn dies in der rechtsextremen Szene meist geleugnet wird. Das Sonnenrad erscheint erstmals als Bodenornament im Obergruppenführersaal der SS-Schule Haus Wewelsburg. Erst nach 1945 wurde es als Schwarze Sonne bezeichnet und findet in der Neonazi-Szene Verwendung. Ihre Verwendung ist bisher nur in Verbindung mit verbotenen Organisationen verboten.

Man kann die Schwarze Sonne als eine Zusammensetzung von zwölf Sig-Runen oder als zwölfarmiges Hakenkreuz verstehen. Ausgedrückt werden soll die „Verbundenheit mit der eigenen Art und mit den arteigenen Wertvorstellungen“. Die Schwarze Sonne erhält einen immer höheren Stellenwert für Lifestyle-Produkten der neonazistischen Szene aller Art. Beobachter der Szene sehen das Symbol durch die häufige Verwendung als Ersatz für das verbotene Hakenkreuz.

Da das Tragen der Reichskriegsflagge des NS-Regimes heute verboten ist, suchen Rechtsextreme bei ihren Aufmärschen nach Ersatz. Häufig nutzen sie die anderen Versionen der Reichskriegsflagge bei Demonstrationen als legale Alternative.

Bereits in der Weimarer Republik war die alte (heute noch legale) Reichskriegsflagge Symbol von rechtsextremen Parteien und Organisationen. Die paramilitärische Vereinigung „Reichskriegsflagge“ wählte sie beispielsweise für

ihren Namen und als Erkennungszeichen. Eines der Mitglieder des Bundes war Heinrich Himmler, die mittelbare politische Leitung hatte im Jahr 1923 Adolf Hitler. Es wundert also nicht, dass auch heute Neonazis die Reichskriegsfahne gerne übernehmen. Die Flagge ist als Symbolen und Erkennungszeichen in der Neonazi- und Reichsbürger*innen-Szene besonders beliebt.

Auch von amtlichen Stellen werden die legalen Versionen der Reichskriegsflagge als Ausdruck einer politischen Gesinnung verstanden. In einem Erlass des brandenburgischen Innenministeriums heißt es zum Beispiel: „Die Reichskriegsflagge ist weiterhin Symbol nationalsozialistischer Anschauungen und/oder von Ausländerfeindlichkeiten. Ihre Verwendung in der Öffentlichkeit stellt eine nachhaltige Beeinträchtigung der Voraussetzungen für ein geordnetes staatsbürgerliches Zusammenleben und damit eine Gefahr für die öffentliche Ordnung dar.“

Die Zahlenkombination 168:1 ist ein Code für den Sprengstoffanschlag 1995 in Oklahoma City/USA auf ein Verwaltungsgebäude, bei dem 168 Menschen ums Leben kamen. Der Neonazi Timothy McVeigh wurde dafür zum Tode verurteilt und 2001 hingerichtet. In makabrer

- 1 Verherrlichung dieses Terroranschlags gibt der Code das »Ergebnis« des Anschlags wieder
- 2 und findet sich auf T-Shirts und als Sprüherei.
- 3 „Fourtee Words“ stehen für den Satz „we must secure the existence of our people and future
- 4 for white children“, der dem US-Rechtsextremisten Daiv Eden Lane zugewiesen wird. Sie die-
- 5 nen ebenfalls als Code für US-Amerikanishce und Europäische Neo-Nazis und Rassist*innen.
- 6

A04

Sexismus innerhalb der SPD bekämpfen – Awarenesssteams etablieren

Antragsteller*innen	Juso Frauen über Bezirksvorstand der Jusos Oberbayern
Adressat*innen	Bezirkskonferenz der Jusos Oberbayern Landeskonferenz der Jusos Bayern, Bezirksparteitag der SPD Oberbayern, Landesparteitag der SPD Bayern

2 In allen SPD-Gliederungen ab der Unterbezirksebene werden ab sofort Awarenesssteams
3 eingesetzt. Wenn es bereits Frauen- oder Gleichstellungsbeauftragte gibt, sollen diese Teil des
4 Awarenesssteams sein. Diese Teams bestehen aus mindestens zwei und höchstens acht
5 Personen, wobei mindestens 50% des Teams Frauen sind. Da die Awarenesssteams für alle
6 da sein sollen, werden die Mitglieder des Teams auf den jeweiligen
7 Jahreshauptversammlungen der SPD-Gliederungen beziehungsweise auf den Parteitag für
8 die gleiche Dauer wie der Vorstand gewählt. Dabei wäre es gut, wenn die Vorsitzenden nicht
9 Teil des Awarenesssteams sind, damit es hier zu keiner Vermischung der Ämter kommt.

10

11 Die Awarenesssteams fungieren als dauerhafte Ansprechpersonen für alle Genoss*innen bei
12 innerverbandlichen Problemen mit Sexismus und Diskriminierung. Sie sollen innerhalb des
13 Verbandes für diese Themen sensibilisieren und betroffene Genoss*innen unterstützen. Die
14 Beratung des Awarenesssteams ist vertraulich. Falls es notwendig erscheint und von den
15 Betroffenen gewünscht ist, hat das Awarenesssteam darüber hinaus die Aufgabe, mit der*dem
16 Vorsitzenden oder eine*n der stellvertretenden Vorsitzenden, falls die*der Vorsitzende
17 betroffen ist, der jeweiligen Untergliederung über den Umgang mit den Vorfällen zu beraten.
18 Sowie über erste Maßnahmen zu entscheiden (Ansprechen, Meldung des Vorfalls an den
19 Vorstand). Soweit erforderlich, empfiehlt das Awarenesssteam dem Vorstand weitergehende
20 Sanktionen (z.B. Hausverbot). Nach Abschluss dokumentiert das Awarenesssteam
21 anonymisiert den Vorfall und berichtet an den Vorstand.

1 Das Awarenesssteam ist telefonisch und per Mail erreichbar sowie auf Veranstaltungen
2 persönlich ansprechbar. Die Kontaktdaten sind in geeigneter Weise öffentlich zu machen. Bei
3 großen Veranstaltungen (z.B. Landesparteitag) kann das Awarenesssteam durch weitere
4 Unterstützer*innen ergänzt werden.

5

6 Auf Bezirks- und Landesebene soll es darüber hinaus für die Genoss*innen, die sich in
7 Awarenesssteams engagieren, regelmäßige Schulungen geben. Diese dienen der Aus- und
8 Weiterbildung der Awarenessbeauftragten und bieten ihnen die Möglichkeit, sich ohne Druck
9 über die teilweise belastenden Erfahrungen aus der Awarenessarbeit auszutauschen und die
10 Arbeit zu reflektieren. Zudem können die Awarenesssteams hier gemeinsam Strategien
11 entwickeln, wie der Verband besser sensibilisiert werden kann und was nötig ist, damit wir
12 gemeinsam Sexismus und Diskriminierung innerhalb der Partei beenden.

13

14 **Begründung:**

15

16 Als SPD schreiben wir uns den Feminismus auf die Fahnen, wir kämpfen für Gleichstellung
17 und wollen Parité in den Parlamenten erreichen. Und doch kommt es auch in unseren
18 eigenen Reihen noch viel zu häufig vor, dass insbesondere junge Frauen unangenehme
19 Erfahrungen machen müssen. "Komm mit aufs Foto, dann sieht das hübscher aus" ist dabei
20 ein harmloseres Beispiel. Auch innerhalb der Partei kann es zu weitaus verletzenderen
21 Sprüchen und auch zu übergreifendem Verhalten kommen.

22 Vor allem, wenn dieses Verhalten, wie zumeist, von älteren Männer gezeigt wird, die eine
23 Funktion im Verband einnehmen, ist es für, die oftmals jungen Genoss*innen meist schwer
24 und die Hemmschwelle hoch, sich bezüglich dieses Fehlverhaltens jemandem
25 anzuvertrauen. Die parteipolitische Stellung und unser Wunsch mit allen Genoss*innen
26 wertschätzend und zielorientiert zusammenzuarbeiten erhöht die Hemmschwelle
27 zusätzlich. Dieses Problem wollen wir beheben, indem wir niedrigschwellige Anlaufstellen
28 für Personen, die Opfer von Diskriminierung und Sexismus wurden, schaffen.

29

30 Da die Beratung in diesen Fällen nicht immer einfach ist, wollen wir den ehrenamtlichen
31 Awarenesssteams Möglichkeiten geben, sich fortzubilden und die eigene Arbeit zu
32 reflektieren.

33 Wir als gesamte Partei stehen vor der Herausforderung einen Diskriminierung- und
34 Sexismus freien Ort zu schaffen, in dem sich Personen unabhängig des Geschlechts frei
35 fühlen, sich für unsere gemeinsamen Ziele zu engagieren. Awarenesssteams können uns alle
36 dabei unterstützen.

37

38

A05

Menschenwürdig, solidarisch und partizipativ - Unsere Vision vom zukunftsfähigen Gesundheitssystem

Antragsteller*innen Jusos München-Stadt

Adressat*innen Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern,
Landeskonferenz Jusos Bayern, SPD
München Parteitag, SPD
Oberbayern, SPD Bayern

2 Das Gesundheitssystem ist krank. Wer sich damit auseinandersetzt und sich kleinteilig
3 mit einem der vielen
4 Probleme beschäftigt bekommt schnell den Eindruck, ein multimorbides System mit
5 einer Pediküre zu verschönern. Uns ist klar: wenn der Fuß abfault und die Sepsis den
6 Organismus in den Zusammenbruch treibt, hilft kein Nagellack.

7

8 Gesundheit als Menschenrecht

9

10 Gesundheit bzw der „höchste erreichbare Stand an körperlichen und geistiger
11 Gesundheit“ ist ein im UN-Sozialpakt verankertes Menschenrecht und eine
12 würdevolle Behandlung aller Menschen, auch derjenigen, die pflegebedürftig
13 geworden sind, wird durch das Grundgesetz festgelegt. Daher muss die allgemeine
14 Daseinsvorsorge wieder in öffentliche Hand, die alle Menschen gleich behandelt
15 und an erster Stelle die höchstmögliche Gesundheit aufführt. So ist es kaum
16 verwunderlich, dass der UN-Sozialrat Deutschland im Dezember 2018 Defizite in
17 der Umsetzung der sozialen Menschenrechte vorgeworfen hat. Besonders
18 besorgniserregend sei dabei die Lage älterer Menschen, die in entwürdigenden

1 Bedingungen, auch in Pflegeheimen, leben. Im „World Health Organisation Ranking
2 of Healthcare Systems“ von der WHO landet Deutschland nur auf Platz 25. Die
3 grundlegende Evaluation und Revolution unseres Gesundheitssystems ist
4 unumgänglich und dringend notwendig.

5

6 **Einordnung: Gesundheitsversorgung als zentrale Säule des** 7 **Sozialstaates**

8 Die Einführung des Krankenversicherungssystems im Jahre 1883 die mit den von Otto
9 von Bismarck propagierten Maximen Solidarität, Subsidiarität und Korporatismus
10 begründet wurde sind darauf zurückzuführen, dass Arbeitskraft erhalten und
11 wiederhergestellt werden sollte. Wir Jusos sind unserer Kritik schon in diesem Punkt
12 grundsätzlich: wir wollen die Absicherung von Krankheit nicht, um lohnabhängig
13 Beschäftigte in der ausbeuterischen Logik des Kapitalismus zu erhalten, sondern
14 genau diese krankmachenden Verwertungsmechanismen überwinden. Wir wollen
15 eine soziale, solidarische und gerechte Absicherung des Risikos Krankheit. Wir sind
16 uns darüber im klaren, dass Risiken zu erkranken und die Lebenserwartung auch von
17 Geschlecht, finanzieller und sozio-kultureller Ausgangssituation abhängt. Auch diese
18 Probleme werden wir beständig weiterhin bearbeiten, wollen aber in diesem Antrag
19 vor allem beschreiben, wie wir uns ein sozialistisches Gesundheitssystem vorstellen.

20

21 **Entwicklungen der letzten Jahre**

22

23 Immer mehr Menschen arbeiten im Gesundheitswesen. Laut
24 Bundesgesundheitsministerium sind rund 5,6 Millionen Menschen im
25 Gesundheitswesen beschäftigt, das sind 1,5 Millionen mehr als noch im Jahr 2000.
26 Bezieht man den zweiten „Gesundheitsmarkt“ sind es sogar 7,6 Millionen Menschen,
27 das ist somit jede*r sechste Berufstätige. Mehr als drei viertel der Beschäftigten sind
28 Frauen*.

29 Mit Blick auf die demografische Entwicklung, die Verschiebung von unbezahlter
30 Care-Arbeit hin zu bezahlter, Gesundheitstourismus und dem immer weiter
31 reichenden Bedürfnissen sich vom gesellschaftlichen Leistungsdruck durch Wellness

1 und Wellnessprodukte, Sport und Ernährungsoptimierung zu erholen wird sich diese
2 Entwicklung fortsetzen.
3
4 Wir Jusos sind uns der stetig steigenden Arbeitsbelastungen innerhalb des
5 Gesundheitssystems und den Gesundheitsberufen bewusst. Aus diesem Grund
6 fordern wir eine ganzheitliche Betrachtung der Arbeitsbelastungen im
7 Gesundheitswesen und den damit verbundenen Berufen wie: Medizinische
8 Fachangestellte, Medizinisch -technische Assistent*innen, Physiotherapeut*innen,
9 Ergotherapeut*innen, Logopäd*innen, Hebammen und Entbindungspfleger,
10 medizinisch technische Radiologieassistent*in, Casemanagement,
11 Krankenhaussozialarbeiter*innen, Heilerziehungspfleger*innen um einen
12 ganzheitlichen politisch lösungsorientierten Ansatz für die verschiedenen Bereiche
13 (Reha, Krankenhaus, ambulante/stationäre Altenpflege und Altenhilfe) ermöglichen
14 zu können.
15
16 Insbesondere mit Blick auf die Pflegeberufe sehen wir uns bei dem wachsenden
17 Bedarf mit einem eklatanten Fachkräftemangel konfrontiert. Die Gründe für die
18 Unattraktivität des Berufsbildes sind vielschichtig.
19
20 Private Pflegeheime und private ambulante Pflegedienste erwirtschaften ihre
21 Gewinne nach kapitalorientierter Perspektive auf dem Rücken der Beschäftigten. Die
22 Löhne der Pflegenden liegen unterhalb des Medians aller
23 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten. Ein*e Vollzeitbeschäftigte
24 Altenpfleger*in verdiente 2017 in Westdeutschland knapp 2900 Euro, in
25 Ostdeutschland 2400 Euro. Die Lohnentwicklung in der Altenpflege ist verglichen
26 mit der Gesamtwirtschaft unterdurchschnittlich. Ursache dafür ist die Lohnkonkurrenz
27 zwischen privaten und freigemeinnützigen Trägern und fehlende Tarifverträge. In
28 der Altenpflege arbeiten 765 000 Personen, 80% der beruflich Pflegenden sind
29 weiblich. Circa 65% der Beschäftigten arbeiten in Teilzeit.
30

1 Mit Blick auf die Kostenentwicklung fanden schon in den 90er Jahren Bestrebungen
2 statt, das Gesundheitssystem effizienter zu gestalten, was 2003 in der Einführung
3 der DRGs (Diagnoses Related Groups oder auch Fallpauschalen) mündete. Dieser
4 Wandel fand treu dem damals vorherrschenden Ductus statt, dass mehr Wettbewerb
5 Kostenexplosionen abfängt. Bei näherer Betrachtung der Entwicklung der
6 Gesundheitsausgaben lässt sich nur trocken feststellen, dass diese Ziel nicht erreicht
7 wurde.

8 Dafür sind andere Entwicklungen zu beobachten: während es 1991 laut statistischem
9 Bundesamt noch rund 2.400
10 Kliniken und Krankenhäuser gab, sind es im Jahr 2017 nur noch 1.942. Grund dafür
11 ist die zunehmende Entwicklung hin zu spezialisierten Versorgungszentren die den
12 Erhalt kleiner kommunaler Kliniken mit geringerer Rentabilität unmöglich macht.
13 Das zeigt sich auch im wachsenden Anteil von privaten Trägern von 21.7% im Jahr
14 2000 hin zu 37% im Jahr 2017. Anders als öffentliche oder gemeinnützige Träger
15 können private Träger Investitionen mit Hilfe des Finanzmarktes tätigen und aus der
16 Position als Großkonzern heraus Einsparungen mit günstigeren Verträgen im Einkauf
17 von Arzneimitteln und der Umgehung von Tarifverträgen deutlich einfacher Gewinne
18 erzielen. Mit der zunehmenden Privatisierung schreitet die Ökonomisierung des
19 Gesundheitswesens weiter voran. Dabei müssen wir in der Debatte unterscheiden
20 zwischen Wirtschaftlichkeit und Ökonomisierung. Während wirtschaftliches
21 Agieren, also eine möglichst effiziente und effektive Ressourcenzuteilung, in keinsten
22 Weise schlecht ist, so steht bei der Ökonomisierung der betriebswirtschaftliche Erfolg
23 im Vordergrund und beeinflusst so Entscheidungen in Bezug auf Patient*innen oder
24 Arbeitsbedingungen - meist im negativen Sinne.

25

26 **Prävention und Teilhabe**

27

28 Ein wichtiger Teil eines anderen Dogmas im Gesundheitssystem ist eine gute
29 Präventionspolitik. Wenn sich die Pflegefallwahrscheinlichkeit mit steigender
30 Lebenserwartung auch nach hinten verschiebt, könnte laut einer Studie des
31 Statistischen Bundesamtes und des Bundesinstitutes für Berufsbildung der Bedarf an

1 professionell Pflegenden im Jahr 2025 auf 140.000 statt 200.000 Pflegekräfte
2 ansteigen. Konkret bedeutet dies, dass eine bessere gesundheitliche Verfassung der
3 Bevölkerung durch präventive Maßnahmen dazu führt, dass die Menschen zu einem
4 wesentlich späteren Zeitpunkt auf eine professionelle Pflege angewiesen sind. Dass
5 dies kein*e Selbstläufer*in ist, zeigt ein Blick in die Pflegestatistik von 2011. In dieser
6 zeigt sich, dass bereits ab dem sechzigsten Lebensjahr eine kontinuierliche
7 Steigerung der Pflegebedürftigkeit zu verzeichnen ist. Zwischen dem 85 und 89
8 Lebensjahr liegt die Pflegebedürftigkeit bei Frauen* bereits bei 41,9 Prozent und bei
9 Männern* bei 28,6 Prozent. Geht man davon aus, dass unsere Gesellschaft immer
10 älter wird und keine umfangreichen altersgerechten Präventionsmaßnahmen initiiert
11 werden, verschlimmert sich die Personalsituation in der Pflege noch wesentlich
12 gravierender. Dass Menschen früh in ihrem Leben auf die Pflege anderer
13 angewiesen sind, ist zum Teil auch auf die soziale Benachteiligung im Laufe eines
14 Lebens zurückzuführen. Daher ist die Bekämpfung von Armut, Bildungsferne und den
15 daraus resultierenden Beschränkungen der gesellschaftlichen Teilhabe eine wichtige
16 Aufgabe der Gesundheitsförderung und Prävention, auch für ältere Menschen. Es
17 geht um eine Politik der Lebensphasen für alle Generationen. Dabei werden die
18 Kommunen in der Entwicklung und Durchführung nationaler Präventionsprogramme
19 als Orte des Gesundheitshandelns eine größere Rolle spielen.

20

21 Wir Jusos fordern eine radikale Umorientierung des Gesundheitssystems. Weg von
22 der Profitorientierung - hin zu einer ganzheitlichen und sozial gerechten
23 Gesundheitsversorgung ohne Leistungsdruck. Wir wollen das System von der
24 privaten Renditenlogik befreien und den Menschen wieder in den Fokus setzen.
25 Krankheiten dürfen kein gewinnbringendes Geschäft sein. Vielmehr muss die
26 Prävention und die größtmögliche Genesung im Vordergrund stehen, in einem Team,
27 das Gesundheitsversorgung auf Augenhöhe betreibt. Sowohl zwischen
28 Behandler*innen und den Patient*innen, als auch zwischen den Disziplinen im
29 Gesundheitssystem. Das kann nur funktionieren, wenn die Gesundheitsversorgung
30 als zentrale Säule der Daseinsvorsorge verstanden wird und die Dienstleistenden
31 Einrichtungen im Besitz der öffentlichen Hand sind. Niemandes Lohn darf von der

1 Anzahl der durchgeführten Behandlungen abhängig sein. Die Arbeitnehmer*innen
2 im Gesundheitsbereich sind Beschäftigte des öffentlichen Dienstes und haben somit
3 verlässliche Normalarbeitsverhältnisse und Tarifvertragliche Absicherung.

4

5 Stationäre Gesundheitsversorgung

6

7 Die Fallzahlen steigen und die Liegedauer wurde halbiert, "Blutige Entlassungen",
8 also Menschen, die mit nicht verheilten Wunden und nicht vollständig genesen nach
9 Hause oder in die Rehabilitation entlassen werden nehmen zu. Das liegt vor allem
10 daran, dass mit Einführung der Einführung der Fallpauschalen die durchschnittliche
11 Verweildauer, also die Anzahl der Tage die Durchschnittlich je Diagnose stationär
12 im Krankenhaus verbracht werden, gesunken ist. Das hat zur Folge, dass
13 Patient*innen in rentabel und nicht-rentabel unterteilbar sind. Für jeden
14 Krankenhausaufenthalt muss das Krankenhaus also genau aufschlüsseln, mit welcher
15 Hauptdiagnose die Abrechnung mit der Krankenkasse erfolgt. Das hat auch zur
16 Folge, dass inzwischen wesentlich mehr Menschen im Krankenhaus mit der
17 Verschlüsselung und Abrechnung beschäftigt sind als mit der zuvor geltenden
18 Tagessatzabrechnung. Die gewinnbringende weil Diagnosen erstellende Belegschaft
19 sind also Ärzt*innen. Pflegekräfte generieren nur dann Einnahmen für ein
20 Krankenhaus, wenn sie mit dem "Pflegekomplexmaßnahmen-Score", kurz PKMS,
21 einen besonders hohen Pflegeaufwand aufwendig dokumentieren. Die Fallzahlen
22 pro Arzt*Ärztin haben seit der Einführung der DRGs abgenommen, die Fallzahlen
23 pro Pflegekraft haben zugenommen. Aus ökonomischer Sicht ist diese Entwicklung
24 nachvollziehbar, für Pflegende und Patient*innen ist sie fatal. Es hat also eine
25 Fokusverschiebung stattgefunden: Menschen werden anhand Ihrer Diagnose
26 klassifiziert, eine Behandlung, die darauf basiert was individuell sinnvoll und
27 notwendig ist um Gesundheit wiederzuerlangen wird dadurch nahezu unmöglich.
28 Wer krank ist und Hilfe benötigt verlässt sich aber genau darauf. Der Druck auf
29 Ärzt*innen, möglichst rentabel für die eigene Abteilung zu wirtschaften wird
30 beispielsweise dadurch erhöht, in dem in der digitalen Dokumentation die
31 Liegedauer im Verhältnis zur erstellten Diagnose farblich markiert ist oder gar

1 Kolleg*innen der medizinischen Dokumentation während der Visite auf zu lange
2 Liegedauer aufmerksam machen. Ärzt*innen ist es unter der Maxime der DRGs nicht
3 möglich dem eigenen Berufsethos gemäß zu behandeln. In der Geburtshilfe sind
4 beispielsweise seit der höheren Vergütung für Notfall Kaiserschnitte die Zahlen für
5 diesen Eingriff um 4% angestiegen. Diese Entwicklungen führen zur*m
6 "Marktgerechten Patient*in"-Empathie und Fürsorge werden immer in Widerspruch
7 zu Profitlogiken stehen.

8

9 **Bedarfsgerechte Personalbemessung**

10

11 Ein Beispiel für die Ökonomisierung ist die Regelung über Maßstäbe und Grundsätze
12 für den Personalbedarf in der stationären Krankenpflege, kurz Pflegepersonal-
13 Regelung (PPR). Sie wurde im Rahmen des deutschen Gesundheitsstrukturgesetzes
14 von 1992 eingeführt. Zweck dieses Instrumentes war es, den täglichen
15 Pflegeaufwand zu bestimmen und die Ermittlung der notwendigen Anzahl an
16 Pflegekräften im Krankenhaus. Es wurde mit 21.000 Stellen ein um 8.000 Stellen
17 höherer Bedarf festgestellt, als ursprünglich vorgesehen war. Aufgrund dieses
18 hohen, nicht erreichbaren Bedarfs wurde die PPR kurz nach der Einführung im Jahr
19 1996 wieder außer Kraft gesetzt. Die PPR wurde auch kritisiert, weil sie nur
20 unzureichend den Pflegebedarf widerspiegelt hat. Mit einem ausreichenden
21 Pflegepersonalbemessungsinstrument, wäre der Personalbedarf wahrscheinlich noch
22 höher. Ein Pflegepersonalbemessungsinstrument, das unseren Vorstellungen
23 entspricht, muss berücksichtigen, wann welcher Pflegeaufwand von welcher
24 Berufsgruppe ausgeübt wird. Dabei stehen wir klar für einen Grade Mix ein, also
25 die Zusammenarbeit von akademischen und nicht-akademischen Berufsgruppen.
26 Ergibt das Instrument einen schwankenden Personalbedarf, so müssen
27 Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen dafür gewappnet sein. Wir begrüßen
28 Lösungen mit einem Mitarbeiter*innenpool ausdrücklich. Bei der Ausgestaltung
29 dieses Instrumentes müssen Gesetzliche Krankenversicherungen, die Deutsche
30 Krankenhausgesellschaft sowie alle betroffenen Berufsgruppen in Form von

1 Kammern, Gewerkschaften und Patient*innenvertreter*innen stimmberechtigt
2 beteiligt sein.

3

4 **DRGs überwinden - bedarfsgerechte Finanzierung der Krankenhäuser**

5

6 Die nun geplante Ausgliederung der Pflegepersonalkosten aus den DRGs sind der
7 einleitend genannte Nagellack auf dem absterbenden Zeh. Unter dem größer
8 werdenden öffentlichen Druck die Arbeitsbedingungen der Pflegenden zu
9 verbessern, wird eine weitere Baustelle eröffnet anstatt des Eingeständnisses, dass
10 die DRGs gescheitert sind und grundlegende Reformen dringend nötig sind.

11 Das Krankenhausfinanzierungsgesetz sieht die duale Finanzierung vor. Das heißt,
12 Betriebskosten werden von den Krankenkassen, Investitionskosten von den Ländern
13 getragen sofern das Krankenhaus im Landeskrankenhausplan berücksichtigt ist. Die
14 Finanzierung der Betriebskosten durch die Gesundheitskasse halten wir für richtig.
15 An der im Krankenhausfinanzierungsgesetz festgelegten wirtschaftlichen Sicherung
16 der Krankenhäuser, um eine qualitativ hochwertige, patienten- und bedarfsgerechte
17 Versorgung der Bevölkerung mit leistungsfähigen, qualitativ hochwertig und
18 eigenverantwortlich wirtschaftenden Krankenhäusern zu gewährleisten und zu
19 sozial tragbaren Pflegesätzen beizutragen (§ 1 Abs. 1 KHG) halten wir jedoch fest.
20 Die bedarfsgerechte Finanzierung ist keinesfalls wie oftmals behauptet ein
21 Widerspruch zu Wirtschaftlichkeit. Der Maßstab für Wirtschaftlichkeit muss vor
22 allem die Versorgungsqualität und die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten sein.
23 Eine qualitativ hochwertige Versorgung bedeutet, das Patient*innenwohl ins Zentrum
24 zu stellen. Zur Maxime wird, dass dafür angemessen Entlohntes und dem Bedarf
25 entsprechender Anzahl vorhandenes Krankenhauspersonal eine zwingende
26 Voraussetzung ist.

27 Krankheit ist nicht pauschalisierbar. Die bedarfsgerechte Finanzierung bedeutet,
28 dass alle Maßnahmen die zur Genesung oder zum Erhalt der Lebensqualität
29 notwendig sind, dem Patient*innen Willen entsprechend durchzuführen sind und in
30 der Abrechnung von der Gesundheitskasse gegenfinanziert werden. Sollten dabei

1 Überschüsse erwirtschaftet werden, so sollen die (Reha-)Kliniken und
2 Pflegeeinrichtungen verpflichtet werden, damit in Personal und Ausstattung zu
3 reinvestieren, die Ausschüttung von Gewinnen an Aktionär*innen soll unmöglich
4 gemacht werden. Diese Regelung macht es unattraktiv private Kliniken,
5 Rehaeinrichtungen und Pflegeheime zu unterhalten. Sollte es im Rahmen dieser
6 Maßnahme zu Bestrebungen kommen, private Kliniken an öffentliche oder
7 freigemeinnützige Träger zu verkaufen so wäre das ein willkommener Effekt.

8 Die Rückführung von Kliniken und Pflegeeinrichtung in die öffentliche Hand ist ein
9 entscheidendes Ziel.

10 Um die flächendeckende Versorgungsqualität zu gewährleisten wird eine
11 Umstrukturierung notwendig sein. Die viel diskutierten Schließungen ländlicher
12 Krankenhäuser wird kommen, jedoch muss dabei der Rahmen gewahrt werden, dass
13 alternative Anlaufstellen geschaffen werden. Denkbar sind dafür dezentrale
14 ambulante Notdienstpraxen, die insbesondere in den ländlichen Gebieten die
15 Anlaufstelle Notaufnahme ersetzen. Diese können dann wiederum, sofern das
16 notwendig ist, ist von dort ausgehend ist die Überweisung an interdisziplinäre
17 Notaufnahmen gegebenenfalls möglich. Durch diese neu zu schaffende Institution
18 können gleichzeitig Notaufnahmen entlastet werden und sie sind auch eine Antwort
19 auf die Problemstellung, dass Notaufnahmen zunehmend als Anlaufstellen gesehen
20 werden um Wartezeiten für (Fach-)Ärzt*innen Termine zu vermeiden.

21 Bei den Rehabilitationsmaßnahmen liegt die Zuständigkeit der Kostenübernahme
22 nicht nur bei der Krankenkasse, sondern auch bei den Renten- und
23 Unfallversicherungen. Ist die Zuständigkeit nicht eindeutig, kann es zu Ablehnungen
24 durch eine der Sozialversicherungen kommen, wodurch sich der Beginn der
25 Rehabilitation verzögert. Sobald ein*e Ärzt*in den Bedarf einer Rehabilitation
26 feststellt, darf diese nicht an der Zuständigkeitsfrage der Kostenträger*innen
27 scheitern. Um den Fokus wieder hin zur Genesung des Menschen zu tragen, müssen
28 wir hinterfragen, wie sinnvoll eine Trennung der Sozialversicherungen ist, wenn sich
29 Zuständigkeiten überschneiden und die Trennung zwischen privater und gesetzlicher
30 Versicherung zu einer Zwei-Klassen-Versorgung führt.

31

1 **1. Wir fordern eine bedarfsgerechte, basisdemokratische Finanzierung**
2 **von Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen!**

3

4 • dazu gehört die vollständige Übernahme der Investitionskosten in
5 freigemeinnützigen und öffentlichen Kranken- und Pflegeeinrichtungen durch die
6 Länder. Um das zu ermöglichen fordern wir die Überarbeitung der Förderkriterien
7 im Krankenhausfinanzierungsgesetz. Im Zentrum für die Förderbarkeit müssen die
8 Kriterien Versorgungsqualität und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten stehen.

9 • Die Aufgabe zur Qualitätssicherung sehen wir beim Institut für
10 Qualitätssicherung und Transparenz im Gesundheitswesen (IQTIG). Die
11 Qualitätsvorgaben und Qualitätsindikatoren sollen sind bislang landesrechtlich
12 geregelt.

13 • alle Gesundheits-, Rehabilitations und Pflegeeinrichtungen sollen vollständig
14 in öffentlicher Hand sein. Um das zu erreichen fordern wir dementsprechende
15 Änderung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes.

16 • Es darf keine Gewinnausschüttung an private Aktionär*innen möglich sein,
17 Überschüsse müssen reinvestiert werden.

18 • Die Landeskrankenhausplanung muss unter Einbeziehung der
19 Interessensvertretung der Berufsgruppen, aber auch zu wählenden
20 Patient*innenvertreter*innen. Die Verteilung der Finanzmittel innerhalb des
21 Klinikums sollen durch den Vorstand festgelegt werden. Dieser Vorstand wird von
22 dem Senat eingesetzt. Dieser Senat wird von der gesamten Belegschaft des
23 jeweiligen Klinikstandorts demokratisch gewählt.

24 Die Abrechnung mit den Krankenkassen sollen die dokumentierten Interventionen
25 aller Professionen abbilden.

26

27 **2. Wir fordern eine ausreichende personelle Infrastruktur und faire**
28 **Löhne!**

29

- 1 • Sämtliche Personalkosten werden unabhängig von den materiellen
2 Versorgungskosten verstanden, um die Personalplanung unabhängig von der
3 Wirtschaftlichkeit der einzelnen Fachgebiete am tatsächlichen Bedarf zu orientieren.
- 4 • Wir fordern eine tarifliche Bezahlung aller Beschäftigten. Bonuszahlungen für
5 das Erreichen einer vereinbarten Anzahl operativer Eingriffe sind zu verbieten.
- 6 • Wir fordern eine bedarfsgerechte Personalbemessung, die genau evaluiert,
7 wann welcher Pflegebedarf vorherrscht und von welcher Person er zu verrichten ist
- 8 • Wir unterstreichen die Forderung nach der 25 Stunden Woche.
- 9 • Wir fordern die Hochgruppierung der Pflege- und Therapieberufe in den
10 gehobenen Dienst
- 11 • Erhöhung der Ballungsraumzulage
- 12 • Bessere Vergütung nach Fachweiterbildungen und Fortbildungen
- 13
- 14 **3. Wir fordern den gleichen, qualitativ hochwertigen Zugang zu**
15 **medizinischer und therapeutischer Versorgung für alle!**
- 16 • Die permanente Evaluation ob eine bedarfsgerechten
17 Versorgungsinfrastruktur mit kurzen, effizienten Wegen bis zum nächsten
18 Krankenhaus gewährleistet ist.
- 19 • Um die Notaufnahmen zu entlasten und die flächendeckende Erstversorgung
20 in ländlichen und strukturschwachen Gebieten sicher zu stellen, fordern wir die
21 Einrichtung von Gesundheitszentren in denen (Fach-)Ärzt*innen und Pflegende, die
22 ersten Ansprechpartner*innen sind wenn eine kurzfristige Versorgung benötigt wird.
23 Zusätzlich brauchen wir neue ergänzende Konzepte in der Versorgung, die auch
24 andere Berufsgruppen stärker in den Fokus nimmt.
- 25 • Wir fordern eine im Gesetz zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser
26 und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze (KHG) festgeschriebene
27 bundeseinheitliche Regelung zur Qualitätssicherung
- 28 • Klare Zuständigkeiten in der Kostenübernahme von Behandlungen und mehr
29 Transparenz für Patient*innen in der Finanzierung
- 30 • Wir fordern eine Behandlung der Patient*innen in allen Bereichen des
31 Gesundheitssystems nach der aktuellen Evidenz und den Standards der einzelnen

1 Berufsgruppen unter der Berücksichtigung des Berufsethos, nicht nach der
2 Gewinnbringung der Patient*innenversorgung.

3

4 **Ambulante Gesundheitsversorgung**

5

6 Aber nicht nur der stationäre Bereich der Krankenversorgung leidet unter der
7 profitorientierten Logik im bestehenden Gesundheitssystem. Im Bereich der
8 ambulanten Versorgung werden Versorgungslücken immer deutlicher. 2017 wurden
9 laut dem statistischen Bundesamt 830.000 Menschen vom ambulanten Pflegedienst
10 betreut, mit 390.300 Beschäftigten. In der ambulanten Pflege sind knappe
11 Zeitvorgaben für die einzelnen pflegerischen Handlungen ein stetiges Verlustrisiko,
12 das durch einen hohen Bürokratieaufwand gekennzeichnet ist. Damit sich ein
13 ambulanter Pflegedienst wirtschaftlich rentiert, müssen möglichst viele Leistungen in
14 kurzer Zeit von wenigen Fachkräften erbracht werden. Dies stärkt die systematische
15 Quantität und verringert die Qualität der Pflege. Projekte, wie Buurtzoorg, das in
16 den Niederlanden flächendeckend die ambulante Pflege dominiert, zeigen, dass ein
17 ganzheitlicher Ansatz möglich ist, der durch den Grundsatz zur Hilfe durch
18 Selbsthilfe und die eigenständige Planung und Verwaltung der Pflegekräfte eine
19 Pflegedienstleitung und den Großteil der Bürokratie unnötig macht.

20 Auch andere ambulante Bereiche sind betroffen von der Profitorientierung. Laut
21 Prognosen der Kassenärztlichen Bundesvereinigung werden im Jahr 2030 rund
22 11.000 Hausärzt*innen fehlen. Dies betrifft besonders die ländlichen Gebiete, die
23 bereits jetzt schon von einem Landärzt*innenmangel betroffen sind. Und die
24 Bedingungen in einer Praxis sind nicht sonderlich attraktiv. Die Bedarfsplanung teilt
25 das Land in verschiedene Bereiche, in denen der Bedarf der verschiedenen
26 Fachärzt*innen anhand der Bevölkerungsdichte berechnet wird, nicht aber an dem
27 tatsächlichen Bedarf einer Fachärzt*innengruppe. Im Gebiet Niederrhein z.B. ist die
28 Anzahl an Fehltagen bei der Arbeit durch psychische Erkrankungen besonders hoch,
29 die tatsächliche Bedarfsplanung für Psychotherapeut*innen wurde jedoch seit 1999
30 nicht mehr angepasst, was zu einer Wartezeit von bis zu 18 Monaten führt.
31 Weiterhin kämpfen immer mehr Ärzt*innen mit den Regressen durch die

1 Krankenkassen, bei denen Ärzt*innen mehrere Tausend Euro zahlen müssen, wenn
2 aus der Sicht der Krankenkassen zu viele Arznei- oder Heilmittelverordnungen
3 ausgestellt wurden. Dabei werden 90% aller Regressverfahren, nach einer
4 Begründung jeder einzelnen Verordnung, wieder eingestellt. Eine Mehrarbeit, die
5 teilweise mehrere Wochen in Anspruch nimmt und zu einem erheblichen Stress führt.
6 Dabei können viele Patient*innen nur deshalb so früh aus dem Krankenhaus
7 entlassen werden, weil sie ambulante Rehabilitationsmaßnahmen in Anspruch
8 nehmen. Das realisierte Verordnungsvolumen muss sich aus den Erkrankungen im
9 Rahmen des Heilmittelkataloges ergeben und nicht aus einem Heilmittelbudget,
10 damit die Wirtschaftlichkeit nicht über die Expertise der Gesundheitsfachberufe
11 gestellt wird. Dies spüren auch die ambulanten Heilmittelerbringer*innen, wie die
12 Physiotherapeut*innen oder Logopäd*innen. Die Nachfrage steigt, Wartelisten für
13 eine ambulante Reha werden immer länger, aber auch hier fehlt der Nachwuchs.
14 Eine größtenteils noch kostenpflichtige Ausbildung und ein geringer Lohn lassen den
15 Fachkräftemangel immer weiter steigen. Dabei kann eine erfolgreiche Reha
16 Pflegebedürftigkeit vermindern und die Teilhabe der Menschen erhalten.
17 Auch die lokalen Apotheken sichern die Versorgung der Bevölkerung. Neben der
18 24h-Versorgung einer medikamentösen Therapie, gewährleisten die Apotheken auch
19 die Arzneimittelversorgung von „unwirtschaftlichen“ Medikamenten. Denn für die
20 Hersteller*innen ist eine industrielle Anfertigung von Medikamenten mit einer sehr
21 kleinen Gruppe an Betroffenen (wie z.B. bei der Behandlung von Früh- und
22 Neugeborenen) nicht lukrativ. Die Herstellung dieser Medikamente übernehmen die
23 lokalen Apotheker*innen.

24

25 **4. Wir fordern eine Umstrukturierung der ambulanten**
26 **Pflegeversorgung, die einen ganzheitlichen Ansatz der medizinischen**
27 **Versorgung gewährleisten und eine eigenständige Planung und**
28 **Verwaltung ermöglicht.**

29 • Wir fordern strukturelle Reformen bei der Versorgung durch Fachärzt*innen,
30 um Wartezeiten zu vermindern

- 1 • eine ganzheitliche pflegerische ambulante Versorgung mit kleinstmöglichem
2 Bürokratieaufwand
- 3 • Bedarfsplanung mit stimmberechtigter Einbeziehung von
4 Berufsinteressensvertreter*innen, der Gesundheitsversicherung und
5 Patient*innenverbänden

6

7 **5. Wir fordern Maßnahmen um Ärzt*innen in der Hausärztinnen** 8 **Versorgung zu entlasten**

9

- 10 • Für Heilmittelerbringer*innen den Direktzugang ohne die Verordnung durch
11 Ärzt*innen
- 12 • Schaffung zentraler Anstellung in der spezialisierte Pflegefachkräfte Case-
13 Management umsetzen und die Koordination der Versorgung sowie notwendige
14 Verordnungen bei Pflegebedürftigkeit und chronischer Krankheit ausführen

15

16 **Demokratische Mitbestimmung und Selbstverwaltung**

17

18 Neben dem Bundesministerium ist der „Gemeinsame Bundesausschuss“ kurz G-BA
19 eine wichtige Instanz um eine „ausreichende, zweckmäßige und wirtschaftliche
20 Gesundheitsversorgung“ zu gewährleisten und hat eine Deutungshoheit über diese
21 drei Begriffe. Der G-BA steht zwar unter Aufsicht des Bundesministeriums für
22 Gesundheit, ist jedoch eine relevante und kritikwürdige Institution der
23 Selbstverwaltung. Im G-BA wird beispielsweise darüber entschieden, welche
24 Leistungen von der gesetzlichen Krankenversicherung übernommen werden. Diese
25 werden als ungesetzliche Normen beschlossen und sind für allem gesetzlichen
26 Krankenkassen bindend. Eine weitere zentrale Aufgabe ist die Qualitätssicherung
27 und das Qualitätsmanagement der vertragsärztlichen, vertragszahnärztlichen und
28 stationären Versorgung.

29 Im G-BA sind neben einer*em „unparteiischen*em Vorsitzenden*m“ zwei weitere
30 unparteiische Mitglieder, fünf Vertreter*innen der gesetzlichen Krankenkassen

1 (GKV-Spitzenverband) sowie fünf Vertreter*innen der Leistungserbringer*innen
2 (KBV, KZBV und DKG) stimmberechtigt. Zu Richtlinien und Beschlüssen der
3 Qualitätssicherung nimmt jeweils eine Vertreterin oder ein Vertreter der
4 Bundesärztekammer, des Verbands der Privaten Krankenversicherung und des
5 Deutschen Pflegerats mitberatend teil. Soweit die Berufsausübung der
6 Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten oder der Zahnärztinnen und
7 Zahnärzte berührt ist, erstreckt sich das Beteiligungsrecht auch für die
8 Bundespsychotherapeutenkammer und die Bundeszahnärztekammer.

9 Eine Vertretung der nicht-akademischen Gesundheitsfachberufe ist aktuell nicht
10 vorgesehen.

11 Was immer dann problematisch wird, wenn es um die Finanzierung von
12 Behandlungen geht, die primär von nicht-ärztlichen Berufen durchgeführt wird.

13 Um dies zu ändern, haben sich in der Pflege bereits die ersten Pflegekammern auf
14 Landesebene gegründet. Auch in den Therapieberufen werden die ersten Steine
15 gelegt, um Therapeut*innenkammer auf Länderebene zu gründen. Diese
16 Entwicklung wollen wir als Jusos beobachten und konstruktiv begleiten. Dabei lehnen
17 wir Pflichtmitgliedschaften und Pflichtbeiträge ab. Aus diesem Grund unterstützen
18 wir ausdrücklich die Konzeption der Vereinigung der Pflegenden in Bayern (VdPB).

19 Wir Jusos sind ein Jugendverband, der die Arbeit der Gewerkschaften einen hohen
20 Stellenwert zuschreibt. Die alleinige Arbeit der Kammern in den Pflege- und
21 Therapieberufen wird die Arbeitsbedingungen in naher Zukunft nicht verbessern,
22 denn die Aufgabe der Kammern ist das Sicherstellen einer qualitativ hochwertigen
23 Behandlung von Patient*innen. Die konkreten Arbeitsbedingungen werden jedoch
24 von Gewerkschaften verhandelt. Und diese gilt es parallel zu stärken.

25 Die Institutionen der Selbstverwaltung sind kompliziert und wenig durchsichtig.
26 Oftmals wird nicht deutlich, an welcher Stelle für Veränderungen gekämpft werden
27 muss. Daher stellt sich im Kampf für eine hochwertige Gesundheitsversorgung, die
28 gleichzeitig gute Arbeitsbedingungen bieten kann, Resignation bei den Beteiligten
29 im Gesundheitssystem ein. Eine Selbstverwaltung hat sich historisch bewährt, muss
30 jedoch kritisch hinterfragt werden und darauf geprüft werden, ob bestehende
31 Prozesse vereinfacht oder transparenter gemacht werden können.

1

2 **Beteiligung auf Augenhöhe**

3

4 • Wir fordern die gleichberechtigte Beteiligung aller Gesundheitsfachberufe bei
5 Gesundheitspolitischen Entscheidungen der Selbstverwaltung auf Bundesebene

6 • Wir fordern echte Mitbestimmung aller Gesundheitsfachberufe im G-BA

7 • Unsolidarische Umgangsweisen zwischen den verschiedenen Akteur*innen im
8 Kampf um die Selbstverwaltung der nicht-akademischen Gesundheitsfachberufe
9 lehnen wir ab

10 • Wir fordern die Evaluation der gesundheitspolitischen Selbstverwaltung hin
11 zu einem transparenten System, die in einer gemeinsamen Kommission erarbeitet,
12 wie die Kompetenzen der Interessenvertretung effizient und zum Wohle der
13 Patient*innen und der Beschäftigten zusammen arbeiten können

14 • Wir wollen den Professionalisierungsprozess der Gesundheitsfachberufe
15 beobachten und konstruktiv begleiten

16

17 **6. Wir fordern die Mitbestimmung aller Berufsgruppen im** 18 **Gesundheitswesen!**

19

20 • echte Mitbestimmung aller Berufsgruppen aus dem Gesundheitswesen im
21 Gemeinsame Bundesausschuss mit Stimmrecht durch die Einrichtung von
22 Bundeskammern für Therapeut*innen, professionell Pflegende und Hebammen/
23 Entbindungspfleger.

24 • eine unsolidarische Umgangsweise zwischen den verschiedenen
25 Akteur*innen lehnen wir ab

26 • die Schaffung einer Kommission die einen Vorschlag erarbeitet, wie die
27 Kompetenzen Interessensvertretung und die Kompetenz zur Verhandlung von
28 Löhnen und Arbeitsbedingungen in einer gemeinsamen Institution zusammengefasst
29 werden können

30

1 Das Versicherungssystem - gesetzliche und private

2 Krankenversicherungen

3

4 **Gesetzliche Krankenversicherungen**

5 Die gesetzlichen Krankenkassen haben nach **SGB V** als Solidargemeinschaft die
6 Aufgabe, die Gesundheit der Versicherten zu erhalten, wiederherzustellen oder
7 ihren Gesundheitszustand zu bessern. Diese Aufgabe erfüllen die **gesetzlichen**
8 **Krankenkassen** (GKV), denen Rund 90% der Krankenversicherten angehören als
9 Körperschaften des öffentlichen Rechts finanziell und organisatorisch unabhängig,
10 sie führen also die Ihnen staatlich zugewiesene Aufgabe eigenständig aus. Insgesamt
11 gibt es in Deutschland 109 gesetzliche Krankenkassen (Stand 2019). Dazu gehören
12 Ersatzkassen, Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkassen, Knappschaften,
13 Landwirtschaftliche Krankenkassen und allgemeine Ortskrankenkassen. Während
14 die Zuweisung zu den einzelnen Krankenkassen bis 1996 über den Arbeitgeber
15 beziehungsweise den Beruf festgelegt wurde, besteht inzwischen Wahlfreiheit. Die
16 Unterschiede in der Mitgliederstruktur verursachten Unterschiede in der Ausgaben-
17 und Einnahmenstruktur. Um einen Ausgleich zwischen den Krankenkassen zu
18 erreichen wurde bis 2009 ein Risikostrukturausgleich vorgenommen, der dann in
19 einen Gesundheitsfond umstrukturiert wurde. In diesen Gesundheitsfond fließen die
20 Beiträge von gesetzlich Versicherten, der Arbeitgeber*innenanteil, Beiträge die
21 beispielsweise von der Rentenversicherung entrichtet werden und ein
22 Steuerzuschuss. Diese Einnahmen werden dann auf die Krankenversicherung
23 abhängig von der Risikostruktur ihrer Mitglieder zugewiesen. Trotzdem die GKV's
24 Körperschaften des öffentlichen Rechts sind wurde das Ziel formuliert, um
25 Kostensteigerungen einzudämmen den Wettbewerb zwischen den Krankenkassen zu
26 erhöhen. Das schlägt sich darin nieder, dass mit dem GKV- Finanzstruktur- und
27 Qualitätsweiterentwicklungsgesetz die wirtschaftlichkeit der Krankenkassen erhöht
28 werden sollte in dem Kassenindividuelle gehaltsabhängige Zusatzbeiträge erhoben
29 werden.

30 Wettbewerb führt dazu, dass die Krankenkassen versuchen, die Zusatzbeiträge
31 möglich gering zu halten, dafür aber bei den Ausgaben Kosten zu senken und

1 Kostenbewusstsein bei den Versicherten herzustellen. Das halten wir für die falsche
2 Anreizsetzung. Wer in den Genuss der besten Versorgung kommen will, soll sich
3 nicht mit privaten Zusatzversicherungen absichern müssen oder in die private
4 Vollversicherung flüchten können. Dies schafft eine Versorgungsqualität, die
5 Abhängig von der individuellen Finanzsituation ist und stellt das gesetzlich geregelte
6 Solidaritätsprinzip in Frage. Wer Leistungen ausserhalb des Kataloges der im
7 Leistungskatalog definierten Versorgungsleistungen oder Zuzahlungspflichtige
8 Leistungen wie Hörgeräte oder Brillen benötigt, kann diese über private
9 Zusatzversicherungen abdecken oder zahlt drauf und schafft somit Ungerechtigkeit.

10

11 **Private Krankenversicherungen**

12

13 2016 waren 11% aller Versicherten in Deutschland privat krankenvollversichert. Eine
14 privatrechtliche Krankenversicherung kann sowohl als Aktiengesellschaft, als auch
15 als Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit betrieben werden und sind grundlegend
16 anders strukturiert als die gesetzlichen Krankenversicherungen (GKV). Während sich
17 die gesetzlichen Krankenversicherungen am SGB V orientieren, werden die
18 gesetzlichen Regelungen für die privaten Krankenversicherungen (PKV) im
19 Versicherungsvertrags- und dem Versicherungsaufsichtsgesetz geregelt. Vor der
20 Aufnahme in die PKV findet eine Gesundheitsprüfung statt, die sich auf die
21 Beitragsbemessung auswirkt und sogar zu einer Ablehnung führen kann. Das
22 bedeutet, dass eine private Versicherung für junge und gesunde Menschen
23 besonders kostengünstig ist und mit dem Alter zunimmt. Mit Solidarität und
24 Generationengerechtigkeit hat dies nichts zu tun. Zudem ist problematisch, dass PKV-
25 Beiträge bei sinkendem Einkommen steigen können. Als Folge ist zu beobachten,
26 dass sich die Menschen bei finanziellen Engpässen wieder ins Solidarsystem retten
27 wollen, was nicht immer möglich ist. Wer krank ist, ist krank. Wer medizinische Hilfe
28 benötigt, sollte die bestmögliche Versorgung bekommen. Ob die paritätische
29 Finanzierung von Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen insbesondere bei
30 Berufen, die sich nachweislich negativ auf die Gesundheit auswirken, stellen wir
31 Infrage. Um Kostensteigerungen die unweigerlich auf uns zukommen werden, muss

- 1 die Frage zugelassen sein, weshalb nur Lohneinkünfte von
- 2 Sozialversicherungsabgaben betroffen sind.

1

2 **7. Wir fordern die solidarische Bürger*innenversicherung**

3

4 • die schnellstmögliche Einrichtung einer solidarischen
5 Gesundheitsversicherung für alle Menschen die in diesem Land leben. Dafür muss
6 die Beitragsbemessungsgrenze abgeschafft werden und auch für Kapitalerträge
7 müssen Sozialversicherungsbeiträge gezahlt werden.

8 • wir wollen weiterhin darüber diskutieren, inwieweit eine Zusammenlegung
9 aller Sozialversicherungen zu einer einheitlichen solidarischen Versicherung sinnvoll
10 ist

11

12 **Pflegebedürftigkeit solidarisch absichern! – Pflegeversicherung weiter** 13 **denken**

14

15 Der "freie Markt" führt auch im Bereich der Pflege zur Ausbeutung und
16 zementiert patriarchale Strukturen. Die Einführung der Pflegeversicherung Anfang
17 der 90er Jahre stellt einen Meilenstein dar. Bis dahin waren die Kommunen mit
18 enormen Ausgaben für pflegebedingte Sozialhilfeausgaben belastet, die
19 Pflegebedürftigen, meist weiblichen Pflegepersonen wurden zu Sozialhilfe- und
20 Taschengeldempfänger*innen degradiert und vor allem die ambulante pflegerische
21 Versorgung hatte qualitative und quantitative Defizite.

22 Die Sozialversicherung, die im SGB XI geregelt ist, ist das Eingeständnis, dass
23 Pflegebedürftigkeit nicht mehr traditionell und im Sinne des Subsidiaritätsprinzip
24 durch Familien zu gewährleisten ist.

25 Die Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Pflege von Angehörigen ist für uns
26 unabdingbar. Knapp 50 Prozent der Pflegebedürftigen wird allein durch
27 Angehörige versorgt. Die Familienpflegezeit wird nur von zwei Prozent der
28 Anspruchsberechtigten genutzt, 40 Prozent der Anspruchsberechtigten kennen diese
29 Maßnahme überhaupt nicht. Nur acht Prozent haben die kurzzeitige
30 Arbeitsverhinderung (zehn Tage zur Bewältigung der akuten Pflegesituation) in
31 Anspruch genommen.

1

2 **Pflege ist Daseinsvorsorge - Vollversicherungsschutz jetzt**

3

4 Seit der Einführung der Pflegeversicherung hat sich die Pflegeinfrastruktur stark
5 gewandelt. Die Anzahl der ambulanten Pflegedienste hat sich von 11 000 im Jahr
6 1999 auf 14 000 im Jahr 2017 erhöht. Die Anzahl der Pflegeheime ist von knapp
7 9000 im Jahr 1999 auf 15 000 im Jahr 2017 gestiegen. Dem zu Grunde liegt ein
8 politisch gewollter Wettbewerb zwischen privaten und freigemeinnützigen
9 Träger*innen. Der Anteil privater ambulanter Pflegedienste liegt bei 66 Prozent, der
10 Anteil privater Pflegeheime liegt bei 43 Prozent. Das bedeutet nicht weniger, als
11 dass private Pflegeheimträger*innen ohne größere Anstrengungen 10 Prozent
12 Rendite erzielen. Kommunale Anbieter*innen spielen kaum eine Rolle. Sie haben
13 sich seit der Einführung der Pflegeversicherung aus ihrer Verantwortung für die
14 pflegerische Versorgung zurückgezogen, obwohl die Leistungserbringung auf
15 kommunaler Ebene erfolgt. Die Bundesländer haben die Aufgabe eine
16 "leistungsfähige, regional gegliederte, ortsnahe und aufeinander abgestimmte
17 ambulante und stationäre pflegerische Versorgung der Bevölkerung zu
18 gewährleisten" (§ 8 Abs. 2 SGB XI). Ihre Aufgabe ist es also, eine ausreichende und
19 wirtschaftliche Pflegeinfrastruktur zu gewährleisten. Sie sind damit für die
20 Investitionskosten im stationären und ambulanten Bereich zuständig.

21

22 **Next-Level Ausbeutung durch "Rund-um-die-Uhr-Versorgung" in** 23 **Privathaushalten**

24

25 Mit Blick auf die Entwicklung des Marktes für "24-Stunden-Pflege" lässt sich schon
26 lange einer europaweite Entwicklung feststellen. Diese Form der
27 personenbezogenen Dienstleistungen wurden lange Jahre im informellen Markt
28 gehandelt und da bis heute keine Registrierung der Arbeitsverhältnisse dieser Art
29 erfolgt, bleiben zur Erfassung nur Schätzungen. Die Entwicklung geht bis in die
30 1990er Jahre zurück. Seitdem entstand eine informelle Migrationsbewegung von vor
31 allem mittel- und osteuropäischen Frauen*. Circa 300 000 Migrant*innen sind in

1 Deutschland in informellen pflegerischen Arbeitsverhältnissen. Sie betreuen für
2 einige Wochen oder Monate Pflegebedürftige, kümmern sich um den Haushalt,
3 Ansprache und Mobilisation. Etwa jede*r achte nach SGB XI pflegebedürftige
4 Mensch wird in dieser Form betreut. Der Verdienst der migrantischen
5 Betreuungskräfte beläuft sich mtl. auf ca. 1000 – 1500 Euro. Die zu Pflegenden
6 zahlen meist deutlich mehr, die Differenz bereichert in der Regel Vermittlungsfirmen.
7 Eine gesetzliche Regulation dieser Arbeitsverhältnisse besteht kaum und es kann
8 durchaus von ausbeuterischen Verhältnissen gesprochen werden.

9

10 In der wissenschaftlichen Literatur wird statt des Begriffes der "24-Stunden-Pflege"
11 von "Live-ins", dem englischen Ausdruck für Personen in häuslichen Dienstleistungen,
12 die permanent im Haushalt anwesend sind und dort auch vorübergehend wohnen,
13 gesprochen. Die Bezeichnung als "24-Stunden-Pflegekräfte" offenbart ein zentrales
14 Problem. Damit wird das Bild transportiert, das einen Einsatz rund um die Uhr zu
15 ermöglichen scheint.

16

17 Die meisten Beschäftigungsverhältnisse sind durch die Entsendung von Arbeitskräften
18 auf Grundlage der Entsenderichtlinie 96/71/EG gedeckt. Die Beschäftigten haben
19 also einen Arbeitsvertrag in ihrem jeweiligen Herkunftsland. Zwar greifen mit diesem
20 Modell bestimmte Mindeststandards des deutschen Arbeitsrechtes, etwa in Bezug
21 auf Mindestruhezeiten und Höchstarbeitszeiten, jedoch sind die tatsächlichen
22 Verhältnisse von Dritten kaum überprüfbar und die Beschäftigten diesen ausgeliefert.
23 Ebenfalls finden sich viele scheinselfständige
24 Beschäftigungsverhältnisse.

25

26 Für uns ist die solidarische Absicherung von Pflegebedürftigkeit und die
27 Gewährleistung eine Zukunftsaufgabe. Das häusliche Pflegepotential wird sinken.
28 Die demografische Entwicklung wird in unserer allgemein älter werdenden
29 Gesellschaft mit höheren Lebenserwartungen nach der Prognose des Instituts der
30 deutschen Wirtschaft (IW) die Zahl der Pflegebedürftigen bis 2035 auf über 4
31 Millionen ansteigen lassen. Die Zahl der Pflegebedürftigen wird also innerhalb von

- 1 20 Jahren um ein Drittel zunehmen. Diese Entwicklung gilt es zu gestalten. Mit einem
- 2 neuen Verständnis von Pflege als Daseinsvorsorge, angemessenen
- 3 Lohnentwicklungen für die Beschäftigten und einem starken Sozialstaat, der die
- 4 Infrastruktur bereit stellt und für Absicherung sorgt.
- 5

1

2 **8. Wir fordern eine würdige Absicherung von Pflegebedürftigkeit!**

3

4 • Pflegesachleistungen sowie stationäre Pflege sollen vollständig und
5 unabhängig von Pflegegraden mit der Pflegeversicherung abgesichert werden. Die
6 Zahlung der Kosten für stationäre Pflege umfasst nicht die Reinigung der Kleidung,
7 Kosten von Essen, Raumpflege sowie Miete. Sollten diese Kosten von den
8 Betroffenen nicht getragen werden können, sollten sie durch SGB XII Leistungen
9 getragen werden.

10 • Wir setzen uns unabhängig von der solidarischen Absicherung von
11 Pflegebedürftigkeit für eine Lebensstandard sichernde Grundrente ein. Für
12 Sozialversicherungen sind die Vermögensverhältnisse nicht der entscheidende
13 Faktor, sondern der individuelle Bedarf. Umverteilung kann nur durch Steuern und
14 die Höhe des Sozialversicherungsbeitrags gesteuert werden, nicht durch die
15 Leistungsberechtigung im Sinne der Sozialversicherung.

16 • Das Pflegegeld soll in regelmäßigen Abständen ob der Angemessenheit der
17 Höhe in den jeweiligen Graden überprüft werden. Einen deutlichen Ausbau der
18 Leistungen lehnen wir ab um keine Fehlanreize zu setzen und die Zahlung von
19 Pflegegeld zum Lohnersatz werden zu lassen.

20 • Wir wollen die Familienpflegezeit stärken. Die Beiträge zur
21 Rentenversicherung werden für diesen Zeitraum ebenfalls kompensiert.
22 Berufstätigkeit und Pflege müssen besser vereinbar sein. Wer Angehörige pflegt,
23 sollte keine Nachteile für sein* ihr Beschäftigungsverhältnis haben.

24 • Ausbau der Beratung für pflegende Angehörige. Entlastungsmaßnahmen sind
25 nur dann sinnvoll, wenn sie bekannt sind und genutzt werden.

26

27 **Unser Gesundheitssystem ist bildungsunfreundlich**

28

29 Die meisten Ausbildungsberufe in Deutschland sind im Berufsbildungsgesetz (BBiG)
30 geregelt und unterstehen der Zuständigkeit des Bildungsministerium. Davon
31 ausgenommen sind die staatlich anerkannten Berufe des Gesundheitssystems. Die

1 Ausbildungsbedingungen mit den Rahmenlehrplänen und deren Finanzierung
2 werden durch eigene Ausbildungsgesetze geregelt und unterstehen dem
3 Gesundheitsministerium. Das führt dazu, dass im BBiG getroffenen Regelungen, wie
4 z.B. Eine Ausbildungsmindestvergütung auf die Gesundheitsberufe nicht gelten.
5 Auch die Finanzierung der Ausbildungsstätten ist bundesweit nicht einheitlich
6 geklärt, so dass viele Schulen ein monatliches Schulgeld über mehrere hundert Euro
7 verlangen und dieses in den praktischen Einsätzen weiter gezahlt wird, obwohl die
8 Auszubildenden Vollzeit arbeiten und eigenständig Patient*innen im Laufe der
9 Ausbildung behandeln. Sie sind in dem Moment nicht nur kostenlose Arbeitskräfte,
10 sondern zahlen, um arbeiten zu dürfen. Die Bundesregierung arbeitet zwar an einem
11 Konzept für die Schulgeldfreiheit, aber eine Einigung zwischen den Ländern und
12 dem Bund steht noch aus. Eine Vergütung steht gar nicht zur Debatte.

13 Anders als in anderen Ausbildungsberufen unterliegen die Ausbildungen der
14 Gesundheitsberufe keiner externen Qualitätssicherung. Auch die Rahmenlehrpläne
15 sind nicht einheitlich geklärt. Es gibt grobe Vorgaben, doch kann die Ausgestaltung
16 von Schule zu Schule so unterschiedlich sein, dass ein Wechsel der Schule innerhalb
17 der Ausbildung oft nicht ohne die Wiederholung eines Jahres oder einem
18 erheblichen Mehraufwand durch das Nachholen des Stoffes notwendig wird. Auch
19 nach dem Examen sind die Wissensstände der examinierten Kräfte nicht einheitlich.
20 Dies ist kann nur durch bundesweit einheitlich Rahmenlehrpläne verbessert werden.

21 Neben der Ausbildung spielt auch die Akademisierung der Gesundheitsberufe eine
22 entscheidende Rolle in der Professionalisierung. Aktuell liegt der Anteil der studierten
23 Pflegekräfte in Deutschland bei 2%. Im Vergleich dazu liegt dieser in den
24 Niederlanden bei 45%, in Schweden und Großbritannien bei 100%. Der
25 europäische Durchschnitt liegt bei 46,8%

26 Immer mehr junge Menschen entscheiden sich für eine duale Ausbildung in der
27 Pflege. Ein Ausbau des dualen Studiums erhöht nicht nur die Attraktivität des Berufes.
28 Wird der Anteil der akademisierten Pflegekraft um 10% gesteigert, sinkt die
29 Sterblichkeitsrate der Patient*innen laut einer Studie um 11%. Auch die
30 Berufszufriedenheit steigt mit der Qualifizierung, was einen Ausstieg aus dem Beruf
31 weniger wahrscheinlich macht.

1 Während in der Pflege aktuell eine Teilakademisierung angestrebt wird, steht in den
2 Therapieberufen seit 2010 die Vollakademisierung in den Startlöchern. Die
3 Modellklausel ermöglichte den Bundesländern die Erprobung der grundständigen
4 Ausbildung auf Hochschulebene, durch Modellstudiengänge. Diese sollten Ende des
5 Jahres 2015 evaluiert werden, um die Akademisierung für die Ergotherapie,
6 Physiotherapie, Logopädie und Hebammenkunde ab 2016 zu ermöglichen. Die
7 Modellklausel läuft immer noch und der aktuelle Gesundheitsminister stellt sich
8 gegen die Ergebnisse der Evaluation und die Ausdrückliche Forderung der
9 Berufsverbände nach einer Vollakademisierung, um nicht mehr das europäische
10 Schlusslicht der Ausbildungsstandarts zu sein. Die Akademisierung der
11 Hebammenkunde in Deutschland ist eine Folge der EU-Richtlinie 2013/55EU und
12 wird 2020 umgesetzt. Die Akademisierung der drei anderen Berufe der
13 Modellklausel hat Jens Spahn beim Therapeut*innengipfel verneint und erntet damit
14 scharfe Kritik der Berufsverbände.

15

16 Wir müssen uns dabei auch an unseren europäischen Partner*innen orientieren,
17 damit durch ein Studium oder eine Ausbildung in unserem Gesundheitssystem auch
18 die Freizügigkeit in Europa garantiert werden kann. Aus diesem Grund ist es für uns
19 nicht tragbar, dass unter dem Deckmantel der generalistischen Ausbildung Berufe
20 ausgebildet werden, für die diese Freizügigkeit nicht besteht, da sie nicht anerkannt
21 werden. Wie generalistische Ausbildung aussehen muss, haben wir bereits in einem
22 Bundeskongressbeschluss aus dem Jahr 2017 erörtert. Wir begrüßen, dass ab 2020
23 die Finanzierung der Pflegeausbildung besser geregelt ist, jedoch bedarf es noch
24 einiger Nachbesserungen, wie in einer Stellungnahme des Bundesverbandes der
25 Lehrenden in den Gesundheits- und Sozialberufen deutlich nachzulesen ist. Bildung
26 in unserem Gesundheitssystem muss so auskömmlich finanziert werden, dass keine
27 Einschnitte an der Qualität der Bildung vorgenommen werden.

28

29 Auch die Ärzt*innenausbildung leidet unter einer zunehmenden Ökonomisierung.
30 Nach einem sechsjährigem Studium starten viele Mediziner*innen in die Arbeit ohne
31 das Gefühl wirklich für das vorbereitet worden zu sein was auf sie zukommt. Im

1 Curriculum verhaftet sind neben dem praktischen Jahr und den Famulaturen viele
2 Blockpraktika und Seminare, die genau darauf vorbereiten sollen. Sehr viel
3 praktischer Unterricht in der Theorie in der Realität zeigt sich jedoch ein ganz
4 anderes Bild. Als Folge der zunehmenden Ökonomisierung fehlt den Ärzt*innen an
5 Universitäts- und Lehrkrankenhäusern in der eng getakteten Patientenversorgung die
6 Zeit für Lehre, da der zeitliche Druck extrem gestiegen ist und Studierende im
7 Klinikalltag eher als zusätzliche Belastung angesehen werden. Es fallen wichtige
8 Kurse am Krankenbett einfach aus oder die Studierenden werden sich selbst
9 überlassen. Laut einer Umfrage der Bundesvertretung der Medizinstudierenden in
10 Deutschland (bvmd) bewerteten 51% der Studierenden die angebotene Lehre
11 während des praktischen Jahres mit der Schulnote 3 oder schlechter. Um eine
12 Versorgung mit gut ausgebildeten zukünftigen Ärzt*innen zu gewährleisten, fordern
13 wir deshalb zusätzliche Stellen und verpflichtende Stunden für den praktischen
14 Unterricht am Krankenbett und die umfassende Betreuung und Supervision vor allem
15 während des praktischen Jahres. Das Problem stellt also nicht ein fehlender
16 praxisbezogener Unterricht im Curriculum dar, sondern viel mehr die qualitative
17 Umsetzung im Klinikalltag, die unter dem gegebenen ökonomischen Druck nicht
18 gewährleistet werden kann.

19 Ebenso sollte der Lehre im universitären Dreiklang von Klinik, Forschung und Lehre
20 ein weitaus größerer Stellenwert zugesprochen werden als dies gerade Realität ist.
21 Ansätze dafür sind in den in vielen Bundesländern bereits verpflichtenden
22 medizindidaktischen und -pädagogischen Kursen für Habilitierende bereits
23 verankert. Diese müssen zwingend ausgebaut und nicht mit dem Erreichen der
24 Habilitation wegfallen, sondern einen festen Platz in der universitären Laufbahn
25 einnehmen. Wir fordern deshalb, verpflichtende medizindidaktische und
26 pädagogische Fortbildungen für alle universitären Mitarbeiter*innen auch nach
27 Erreichen der Habilitation.

28

29 Ein weiterer Punkt für eine umfassende Ausbildung junger Ärzt*innen stellt die
30 Einbeziehung anderer Berufsgruppen in die Ausbildung dar um bereits während des
31 Studiums die Basis für eine interdisziplinäre Zusammenarbeit zu legen und das

1 Bewusstsein für Zusammenarbeit und ein besseres Miteinander zu schaffen. Ein
2 fachgebietsübergreifendes Lernen schult das Bewusstsein für die
3 gesamtgesellschaftliche Verantwortung und sensibilisiert die einzelnen
4 Berufsgruppen für die gemeinsame Aufgabe, die nur in Zusammenarbeit erfolgreich
5 gelingen kann. Wir fordern deshalb fächerübergreifende Kurse und gemeinsames
6 Lernen mit nichtärztlichen Berufen. Neben dem fächerübergreifenden Lernen soll
7 das Konzept des Team Resource Management/ Crew Resource Management
8 (TRM/CRM) als verpflichtender Bestandteil jeder medizinischen Ausbildung gelehrt
9 werden. Im TRM/CRM – zunächst in der Luftfahrt eingeführt und nun allmählich auch
10 in der Notfallmedizin verwendet - geht es darum Verhaltens- und
11 Kommunikationsstrategien zu entwickeln, um Fehler zu vermeiden.

12
13 Immer wieder fordern wir eine kostenfreie Ausbildung und eine angemessene
14 Vergütung während der Ausbildung. Dies muss auch für Mediziner*innen im
15 Praktischen Jahr (PJ) und den Psycholog*innen in Ausbildung (PiA) gelten. Ein
16 fünfjähriges Studium sollte dazu befähigen, den Absolvent*innen in der Zeit der
17 praktischen Ausbildung eine Vergütung zu gewährleisten. 16% aller
18 Lehrkrankenhäusern zahlen keine Vergütung im PJ, während die Hälfte aller
19 Lehrkrankenhäusern zwischen 200€ und 400€ im Monat zahlen. Lediglich 10%
20 zahlen den Maximalsatz von 597€. Durch die unregelmäßigen Arbeitszeiten und
21 die tatsächliche Arbeitsleistung von bis zu 60h/Woche, lassen einen Nebenjob
22 selten zu. Diese Verhältnisse finden sich auch in der Ausbildung der
23 Psychotherapeut*innen wieder. In der 3-jährigen Ausbildung zur
24 Psychotherapeut*in, die an den Master in Psychologie anschließt, bekommen
25 Psycholog*innen ca. 1,40€/h für ihre Arbeit in der praktischen Phase und zahlen in
26 der theoretischen Phase um die 4000€ im Jahr an die Ausbildungsinstitute. Auch hier
27 ist eine weitere bezahlte Beschäftigung kaum möglich, weil der Arbeits- und
28 Lernaufwand hoch ist.

29
30 In unserer Vision von einem sozialistischem Gesundheitssystem muss der Grundsatz
31 des lebenslangen bzw. lebensbegleitenden Lernen gefördert. Für alle

1 Gesundheitsberufe ändern sich wissenschaftliche Erkenntnisse am laufenden Band.
2 Dies ist nicht nur in der Ausbildung und im Studium wichtig, sondern auch im
3 Berufsalltag. Es ist daher zwingend notwendig, dass die Versorgungsqualität durch
4 eine Fortbildungspflicht gesichert wird. So können auch Arbeitnehmer*innen, die
5 schon länger im Beruf stehen, an den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen
6 orientiert arbeiten. Wir wollen jedoch kein lebenslanges Lernen nach ökonomischen
7 Grundsätzen. Lebenslanges Lernen im Gesundheitssystem soll nicht dazu dienen,
8 dass Beschäftigte durch Eigeninitiative die Lücken im Aus- und Fortbildungssystem
9 füllen. Die Ausgestaltung dieser Fortbildungspflicht muss deshalb den
10 Berufskammern obliegen.

11

12 **9. Wir fordern eine Reform der Ausbildungsberufe!**

13

- 14 • Ausbildungsberufe, im Gesundheitssystem müssen kostenfrei sein und ins
15 BBiG aufgenommen werden.
- 16 • Die im Anschluss an ein Studium stattfindenden Ausbildungen (z.B. Die der
17 PiAs oder das PJ) müssen ebenfalls kostenfrei sein und eine Ausbildungsvergütung
18 von min. 1000€ zahlen.
- 19 • Ausbildungsrahmenlehrpläne müssen an die europäischen Standards
20 angepasst werden
- 21 • Wir fordern die Abschaffung der Modellklausel, um damit die
22 Akademisierung in der Physiotherapie, Logopädie und Ergotherapie umzusetzen, so
23 wie es bereits bei der Hebammenkunde passiert ist, bei der Pflege fordern wir eine
24 Teilakademisierungsquote von 10-20%
- 25 • Die Voraussetzung die Studiengänge aufzunehmen wird durch Zugangstests
26 erworben. Diese Test sind von den Berufsverbänden anhand der für die
27 Berufsausübung notwendigen Kompetenzen zu erarbeit
- 28 • die Abschaffung von „Heilpraktiker*innen
- 29 • Keine ärztliche Beratung ohne Apporbatation

30

31 **10. Wir fordern eine Fort- und Weiterbildungspflicht**

1

2 • Fort- und Weiterbildung muss kostenfrei sein und Arbeitnehmer*innen muss
3 eine Freistellung ermöglicht werden, sofern die Maßnahmen im Rahmen von
4 gesetzlichen Bestimmungen oder von Arbeitgeber*innen verlangt werden

5 • Die Freistellung für Fort- und Weiterbildungen darf nicht in den Bildungsurlaub
6 eingerechnet werden

7 • Ist keine Berufskammer vorhanden, so muss die Gesetzgeberin bis zur
8 Einrichtung einer Berufskammer die Ausgestaltung der Fortbildungspflicht im Sinne
9 der Arbeitnehmer*innen übernehmen.

10

11 **Was diese Vision für uns Jusos bedeutet:**

12

13 Wir haben in diesem Antrag viele Problematiken in den aktuellen Verhältnissen
14 analysiert und unsere Vision festgehalten. Dies kann kein abschließender Entwurf
15 sein. Denn so wie sich die Gesellschaft und ihre Bedürfnisse fortwährend verändert,
16 wollen auch wir Jusos unsere Analysen und Forderungen stets aktualisieren und
17 anpassen.

18 Dazu wollen wir Formate finden und unsere Strukturen einfacher zugänglich machen
19 für Menschen im Schichtdienst oder mit ungünstigen Arbeitszeiten.

20 Gesundheitspolitik ist ein Thema, das wir Jusos viel stärker behandeln sollten, um
21 vor allem die Perspektive von jungen Menschen einzubringen und um die SPD bei
22 dieser Thematik ständig nach links zu treiben.

23

A06

Initiativantrag: „Immer Antifa! Verurteilung jeglicher Zusammenarbeit mit Faschist*innen!“

Antragsteller*innen Bezirksvorstand der Jusos
Oberbayern
Adressat*innen Juso Bezirkskonferenz

2 **Immer Antifa!**

3 **Verurteilung jeglicher Zusammenarbeit mit Faschist*innen**

4

5 Am 05. Februar 2020 wurde Thomas Kemmerich (FDP) zum Ministerpräsidenten von
6 Thüringen gewählt. Seine Wahl war nur durch die Stimmen der AfD möglich - einer
7 rechtsradikalen und in Teilen offen neofaschistischen Partei. Dieser Tag markiert damit einen
8 Tabubruch. FDP und CDU in Thüringen kündigten den Demokratischen Grundkonsens auf,
9 dass es keine wie auch immer geartete Zusammenarbeit mit rechtsradikalen
10 Demokratiefeind*innen geben darf. Für diesen unverzeihlichen und nicht mehr heilbaren
11 Fehler tragen auch die Bundesparteien von FDP und CDU eine klare Verantwortung.

12

13 Dieses Vorgehen ist leider nicht ohne historische Parallele, sondern deckt sich mit den
14 Vorgängen, die dem historischen Faschismus in seiner Epoche den Weg zur Macht ebneten
15 und damit die Beseitigung demokratischer Institutionen und Werte ermöglichte. Der
16 Faschismus wurde legitimiert durch bürgerliche Politiker*innen und Parteien, welche aus
17 Machtkalkül mit faschistischen Bewegungen paktierten, um gegen linke und progressive
18 Kräfte vorzugehen. So wie FDP und CDU in Thüringen die Fortsetzung der rot-rot-grünen
19 Koalition unter dem linken Ministerpräsidenten Bodo Ramelow um jeden Preis verhindern
20 wollten und dafür eine gemeinsame Abstimmung mit der AfD hinnahmen, so beteiligten
21 Nationalkonservative und Nationalliberale in Thüringen 1930 erstmals die NSDAP an einer
22 gemeinsamen Regierung, um ein Zusammengehen der Arbeiter*innenparteien zu
23 verhindern.

24

25 Besonders zu verurteilen ist an dieser Stelle die Argumentation von FDP und CDU, mit aller
26 Kraft einen "extremen" linken Ministerpräsidenten verhindern zu wollen und deshalb einen

1 Kandidaten “der Mitte” zu wählen. Für uns ist klar: Es gibt keine Mitte zwischen Faschismus
2 und Antifaschismus. Die Gleichsetzung von Rechts und Links war und ist falsch. Wer
3 Faschist*innen die Hand reicht und mit ihnen gemeinsame Sache macht, reißt die
4 Brandmauern gegenüber der AfD ein und gefährdet die Demokratie.
5 Einer Zusammenarbeit mit der AfD erteilen wir auf allen Ebenen - im Bund, in den Ländern,
6 Bezirken und Kommunen - eine Absage und erwarten selbiges von allen Demokrat*innen.
7
8 Die Proteste, die auf die Wahl Kemmerichs folgten, stimmen uns in Teilen zuversichtlich. Wir
9 freuen uns, dass breite Bündnisse die Vorgänge verurteilen und nehmen positiv zur
10 Kenntnis, dass bereits teilweise personelle Konsequenzen erfolgten. Nun gilt es, das
11 Regierungsvakuum in Thüringen zu beenden: Übergangsweise mit einer erneuten Wahl
12 Bodo Ramelow zum Ministerpräsidenten von Thüringen und anschließenden Neuwahlen
13 des thüringischen Landtags.
14
15 Wir sind Antifaschist*innen. Wir kämpfen für eine offene, bunte Gesellschaft, die jeder
16 Person gleiche Rechte zugesteht. Wir schützen Minderheiten und verteidigen
17 Menschenrechte und die Demokratie gegen alle Angriffe. Wir stehen gemeinsam gegen den
18 Faschismus und jede Art von Zusammenarbeit mit den Faschist*innen.
19

A07

Initiativantrag: „Oberbayern untrennbar!“

Antragsteller*innen	Bezirksvorstand der Jusos Oberbayern
Adressat*innen	Juso Bezirkskonferenz, Juso Landeskonferenz, Parteitag der Bayern SPD, SPD Landtagsfraktion

2 Vor ein paar Wochen verkündete Söder, dass München ein eigener "Bezirk" werden
3 soll. Was das genau bedeutet und wie sich die CSU das genau vorstellt, blieb bzw.
4 ist unklar.

5

6 In Bayern gibt es zwei unterschiedliche "Bezirke": Einerseits den Bezirk als dritte
7 Ebene der kommunalen Selbstverwaltung über Landkreis und Gemeinde ("Bezirk
8 Oberbayern"). Er besteht aus dem demokratisch gewählten Bezirkstag, den
9 Ausschüssen und Kommissionen des Bezirks, dem*der Bezirkstagspräsident*in und
10 der Bezirksverwaltung. Der Bezirk gibt sein Geld zu 90% für soziale Themen aus,
11 z.B. als überörtlicher Sozialhilfeträger für die sogenannte Eingliederungshilfe für
12 Menschen mit Behinderungen sowie die Hilfe zur Pflege. Der zweite Schwerpunkt
13 liegt im Bereich Gesundheit: Der Bezirk organisiert die psychiatrische und
14 neurologische Versorgung in Bayern und betreibt dazu Kommunalunternehmen wie
15 in Oberbayern die "kbo-Kliniken". Außerdem finanziert der Bezirk Oberbayern
16 Förderschulen und Berufsschulen und hat verschiedene Aufgaben im Bereich
17 Umweltschutz und Kultur.

18 Daneben gibt es noch den *Regierungsbezirk* ("Regierung von Oberbayern"). Das ist
19 eine staatliche Mittelbehörde, also eine Behörde des Freistaats Bayern, mit aktuell
20 ca. 1700 Mitarbeiter*innen. Der Regierungsbezirk nimmt unter anderem die
21 Rechtsaufsicht über Kommunen wahr. Zudem hat er zentralisierte staatliche
22 Aufgaben für Südbayern oder ganz Bayern. Im Bereich Mobilität kontrolliert er die
23 Beschaffung und den Betrieb von Bussen und U-Bahnen und nimmt die Eisenbahn-,
24 und Luftverkehrsaufsicht wahr. Im Bereich Asyl- und Migration ist er zuständig für die

1 ANKER-Zentren, führt dadurch auch Abschiebungen durch und genehmigt Arbeits-
2 Anträge von Asylbewerber*innen. Im Bereich Bauen überwacht die Regierung von
3 Oberbayern größere staatliche Bauaufträge und nimmt die Fachaufsicht über den
4 staatlichen Hochbau wahr.

5 Will die CSU jetzt beides aufspalten, den Bezirk Oberbayern und den
6 Regierungsbezirk?

7 Anscheinend geht es Söder vor allem darum, einen neuen Regierungsbezirk
8 München zu schaffen. Was mit dem Bezirk Oberbayern als wichtigem Sozialträger
9 geschieht, scheint eher egal zu sein. Inzwischen hört man, eventuell soll zwar der
10 Regierungsbezirk Oberbayern gespalten werden, aber der Bezirk Oberbayern gleich
11 bleiben. Eigentlich sind aber die Gebiete von Regierungsbezirk und Bezirk in Art. 10
12 Abs. 1 der Bayerischen Verfassung aneinander gekoppelt. Damit ist das von der
13 CSU hervorgerufene Chaos perfekt.

14

15 Unabhängig davon, welche Änderung die CSU am Ende anstreben sollte, so sind
16 doch beide abzulehnen. Sie führen zu vielfältigen Problemen und widersprechen
17 unserem fundamentalen Grundverständnis von Solidarität zwischen
18 Gebietskörperschaften, das in der interkommunalen Zusammenarbeit beginnt und
19 beim Internationalismus endet.

20

21 Egal ob München zu einem eigenen Bezirk und Regierungsbezirk wird oder nur eine
22 eigenständige Regierung von München bekommt, wird die Zusammenarbeit über die
23 Grenzen der Stadt hinaus massiv erschwert. Gerade in den Bereichen der
24 kommunalen Daseinsvorsorge, die bis jetzt über den Bezirk organisiert werden,
25 werden Gelder für finanzschwache Kommunen und ihre Krankenhäuser fehlen.
26 Stand jetzt zahlt München über die Bezirksumlage jedes Jahr 500 Millionen Euro, die
27 in den ländlichen Regionen fehlen werden. Andersherum würde die Situation
28 entstehen, dass München die Pflegekosten für Menschen, die auf eine
29 Pflegeassistenz angewiesen sind, alleine tragen muss. Einen finanziellen Vorteil für
30 München können wir daher als Argument für einen eigenen Bezirk nicht erkennen.

31

32 Auch die Regierung, die Aufgaben wie Bauen, Verkehr und Wasserversorgung
33 kontrolliert und koordiniert, ist gerade in einer Metropolregion darauf angewiesen,
34 dass über die jetzigen Stadtgrenzen hinaus gedacht und gehandelt werden kann.
35 Gerade wenn es um das Straßennetz und die Erweiterungen von U-Bahnen in der
36 Zukunft geht, müssen unserer Auffassung nach immer auch die Belange der
37 umliegenden Kommunen mitgedacht werden.

1
2 Genauso sehen wir das Argument einer besseren Betreuung Münchens als nicht
3 haltbar an. Schon jetzt sind in den verschiedenen Abteilungen der Regierung von
4 Oberbayern einzelne Sachbearbeiter*innen ausschließlich für München zuständig.
5 Die aktuellen Probleme bei der Betreuung Münchens durch den Regierungsbezirk
6 liegen daher nicht in der Struktur begründet, sondern im Personalmangel, der durch
7 Einstellungen behoben werden kann. Den Regierungsbezirk zu teilen, ohne die für
8 München zuständigen Sachbearbeiter*innen zu erhöhen, ist eine PR-Maßnahme
9 ohne Substanz.

10
11 Politisch bleibt zu befürchten, dass ein eigener Bezirk mit getrennten Bezirkstagen
12 dazu führen könnte dass ein Bezirkstag Oberbayern in seinem sozialdemokratischen
13 Handeln geschwächt wäre. Sollte ein Bezirkstag Oberbayern entstehen, der der CSU
14 eine noch größere Machtposition gäbe, ist nicht absehbar, was dies für die Sozial -
15 und Gesundheitspolitik für Folgen hätte, die als einer der Kernbereiche
16 sozialdemokratischer Politik verstanden werden kann. Über Privatisierungen bis hin
17 zu Schließungen von Pflege - und Gesundheitseinrichtungen ist alles vorstellbar.
18 Beide möglichen Änderungen sind daher abzulehnen.

19
20 In Wirklichkeit erfordert die Entwicklung der Region gemeinsame Lösungen. Die
21 Metropolregion München ist längst über die Grenzen des Münchner Stadtgebiets und
22 der umliegenden Landkreise hinausgewachsen. Viele Menschen pendeln täglich vom
23 Umland in die Großstadt. Als Ausgleich von Lärm und Hektik suchen viele Ruhe,
24 Natur und Erholung auf dem Land. Der Platz und insbesondere Wohnraum, der in
25 der Stadt fehlt, ist auf dem Land vorhanden. Stadt und Land gehören zusammen.

26 Für eine funktionierende und lebenswerte Metropolregion ist daher eine gemeinsame
27 und durchdachte Planung, Gestaltung und Verwaltung erforderlich, die die Belange
28 sowohl der städtischen als auch der ländlichen Kreise beachtet und miteinander in
29 Einklang bringt. Diese Aufgabe kommt bereits jetzt schon zum Teil dem Bezirk zu,
30 der als Zusammenschluss der unterschiedlichen Landkreise und kreisfreien
31 Gemeinden diejenigen Angelegenheiten angemessen regeln kann, die das
32 Leistungsvermögen der einzelnen Gebietskörperschaften übersteigt. In Anbetracht
33 des engen finanziellen Spielraums vieler Kommunen, des bestehenden
34 Investitionsstaus und den erforderlichen Weichenstellungen einer nachhaltigen und
35 wirtschaftlichen Entwicklung von Oberbayern kann diese Entwicklung nur gemeinsam
36 erfolgen.

1 Eine Abspaltung Münchens von Oberbayern als 8. Bezirk Bayerns stellt jedoch das
2 genaue Gegenteil der erforderlichen Organisationsstruktur dar. Zwei getrennte
3 Behörden an verschiedenen Orten mit unterschiedlichem Personal führen nicht zu
4 einer Stärkung der Zusammenarbeit, sondern nur zu unnötigen Doppelstrukturen,
5 finanziellem Mehraufwand und einer erschwerten Kommunikation. Angesichts dieses
6 Vorschlags sollte man vielmehr den Einfluss der CSU-Staatsregierung auf die
7 Bezirke reduzieren. Insbesondere die Einsetzung der Regierungsbezirke, hier der
8 Regierung von Oberbayern, durch die Bayerische Staatsregierung und die
9 umfassende Befugnis der Regierungsbezirke gegenüber den von den Bürger*innen
10 gewählten Bezirkstagen widerspricht elementaren demokratischen Grundprinzipien in
11 einem Freistaat. Im Hinblick auf die Blockaden insbesondere in der Bildungs-,
12 Gesundheits-, Verkehrs- und Wohnungspolitik wäre daher eine Abspaltung
13 Oberbayerns als eigenes Bundesland eine für die Region vermutlich sinnvollere
14 Maßnahme.

15 München gehört zu Oberbayern! Oberbayern bleibt untrennbar!

16

17 Daher ist für uns klar:

18

19 Wir lehnen die Schaffung eines neuen Regierungsbezirks sowie eines Bezirks
20 München ab.

21

22 Wir fordern die SPD Bayern sowie die SPD Oberbayern zudem auf, einer möglichen
23 Verfassungsänderung nicht zuzustimmen und sich auf Landesebene dafür
24 einzusetzen, dass eine solche Änderung keine Mehrheit im Landtag findet.

25

26 Außerdem fordern wir die SPD Landtagsfraktion auf, möglichen Problemen der
27 Bezirksregierungen entgegenzuwirken, die durch Personalengpässe entstehen.

28